

Bezugspreis:

Beitrag für den Monat 10.-, für das Jahr 120.-, für das Ausland bei täglich einmal Zustellung 150.-

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die aufgeschaltete Kuponzeile kostet 1.-, 1. Teuerungszuschlag 50% „Kleine Anzeigen“

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Wittwoch, den 23. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54.

Fehrenbachs Schwierigkeiten.

Sozialdemokratische Erklärung. — Demokratische Bedenken. Neue Forderungen der Deutschen Volkspartei.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Dienstag mit der Frage der grundsätzlichen Stellungnahme zu der in Bildung begriffenen neuen Regierung.

Nachdem die Genossen Hermann Müller und Loebe über die bisherigen Verhandlungen berichtet hatten, wurde nach mehrstündiger Debatte, an der sich etwa 20 Redner beteiligten, gegen 5 Stimmen beschlossen, bei der Vertrauensabstimmung, die der Abgabe der Regierungserklärung folgen wird, Stimmenthaltung zu üben.

Stimmenthaltung zu üben.

Die Fraktion glaubte nach Erwägung aller Gegenstände nicht weiter gehen zu können, da sich die Abgabe eines Vertrauensvotums für eine Regierung, der Mitglieder der Deutschen Volkspartei angehören, mit ihren Auffassungen nicht verträgt.

Die Fraktion beabsichtigt ihre Stimmenthaltung so zu motivieren, daß der neuen Regierung in ihrer Stellung der Entente gegenüber in Spa keine Schwierigkeiten erwachsen.

Außerdem hat die Fraktion beschlossen, die von der Nationalversammlung infolge der Obstruktion der Rechten nicht erledigten Ausschlußbeschlüsse über die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit als Initiativantrag einzubringen und zu beantragen, daß von einer neuen Ausschlußberatung abgesehen werde.

Heute vormittag 11 Uhr tritt die Fraktion zu einer neuen Sitzung zusammen, in der sie sich voraussichtlich auch mit der Frage des Reichstagspräsidiums zum erstenmal beschäftigen wird.

(Zeitungsmitteilungen, wonach sie zu dieser Angelegenheit schon Stellung genommen haben sollte, waren falsch.)

Die demokratische Reichstagsfraktion

trat, nachdem sie von der Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion Kenntnis erhalten hatte, zu einer Sitzung zusammen. Man war sich darüber klar, daß unter diesen Umständen eine Regierung, die vom Vertrauen der Mehrheit des Reichstages getragen, in Spa zu verhandeln vermöchte, auf der beabsichtigten Grundlage nicht gebildet werden könne, und man vor einer ganz neuen Situation stehe.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei

ist sich am Dienstag im Verlauf ihrer Aussprache darüber klar geworden, daß die vom Reichskanzler Fehrenbach vorgeschlagene Ministerliste für sie nicht annehmbar ist. Die Fraktion hält nach wie vor daran fest, daß das große Gebiet der Wirtschaft ein einheitliches Arbeitsgebiet ist, und daß deshalb die Fragen des Verkehrs, der Post, der Wirtschaft und der Finanz im Zusammenhang gelöst werden müssen, und daß zu diesem Zweck hervorragende, sachmännlich geeignete Persönlichkeiten, unbeschadet der Parteistellung, für die Lösung dieser Aufgabe gewonnen werden müssen.

Das Schiff Konstantin Fehrenbach ist gestern abend kurz vor dem Hafen zugleich auf zwei Minen aufgelaufen. Der heutige Tag muß entscheiden, ob es scheitert, oder ob die Schäden reparierbar sind.

Es ist zur Stunde noch nicht festzustellen, ob die Demokraten in der Frage des Mittelblocks wirklich schon das letzte Wort gesprochen haben. Wäre dem so, so wäre das einigermassen überraschend. Nachdem die Sozialdemokratische Partei zuerst die Beteiligung an einer Regierung, die von der Deutschen Volkspartei gebildet wird, dann aber auch die Beteiligung an einer Regierung, in der diese Partei vertreten ist, abgelehnt hatte, konnten die Demokraten kaum erwarten, daß die sozialdemokratische Fraktion einer Regierung, in der die Deutsche Volkspartei sitzt, ihr Vertrauen aussprechen würde.

fratischen Vertrauenszusage in diesem Augenblick eite zudem den Ereignissen weit voraus. Weder lag der sozialdemokratischen Fraktion eine endgültige Ministerliste noch der endgültige Text der Regierungserklärung vor. Selbst wenn nicht grundsätzliche Bedenken den Ausschlag gegeben hätten, was tatsächlich der Fall war, so hätte die sozialdemokratische Fraktion einer Regierung die noch gar nicht gebildet ist, und deren Programm noch gar nicht feststeht, unmöglich das Versprechen geben können, sie werde ihr in öffentlicher Sitzung ein Vertrauensvotum ausstellen. Denn das hätte ungefähr geheißen: „Wir kennen zwar die Absichten der Regierung noch nicht, wir kennen sogar die Regierung selber noch nicht, aber wir billigen sie.“

Könnte eine solche Zustimmung ernstlich gestellt werden?

Von der neuen Regierung war der Fraktion — außer einigen Bruchstücken — zuverlässig nur soviel bekannt, daß die Deutsche Volkspartei an ihr teilnehmen werde, und diese Tatsache genüge ihr, um zu dem Beschluß zu kommen, daß der Regierung ein Vertrauensvotum nicht gegeben werden könne — so sehr man auch den Wunsch hatte, ihr Gelegenheit zu geben, zu zeigen, was sie kann und was sie nicht kann.

Wie wenig es angebracht war, der Deutschen Volkspartei mit blindem Vertrauen zu begegnen, zeigt ihr eigenes Verhalten. Die Kombination Fehrenbach ist heute aufs äußerste gefährdet, auch ohne den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion durch die neueste taktische Schwankung der Volkspartei. Gestern 9 Uhr abends schien folgende Ministerliste festzustehen: Neuhäuser, Simon, Justiz, Heine, Finanzen, Wirth, Post, Sieberts, Ernährung, Herms, Reichswehr, Geiler, Inneres, Koch, Verkehr, Gröner. Noch nicht entschieden war über Wirtschaft, Schatz, Wiederaufbau und Arbeit. Das letztere Ressort sollte auf alle Fälle an einen christlichen Gewerkschaftsvertreter fallen.

Bezüglich des Regierungsprogramms war eine Einigung wenigstens über den verfassungsmäßigen Text zustande gekommen. Er sollte folgendermaßen lauten:

Die vornehmlichste Sorge ist der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Ihn auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig zu fördern, ist der einseitige und feste Wille der Regierung. Alle Parteien fordern wir auf, in einer Zeit, in der es um Leben und Sterben des Volkes geht, in der auswärtige wirtschaftliche und finanzielle Fragen unsere gesamte Kraft in Anspruch nehmen müssen, verfassungsmäßige Kämpfe zurücktreten zu lassen.

Die Regierung wird mit Entschiedenheit alle Versuche einer gewalttätigen Umwälzung, woher sie auch komme, bekämpfen. Wir stehen auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen und lehnen daher jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder der Bevollmächtigung von Vorrechten an eine Klasse ab. Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Deswegen bekämpfen wir jeden Klassen- und Rassenhaß, jede soziale und religiöse Verhetzung. Der entscheidende Gesichtspunkt bei Besetzung der nicht rein politischen Ämter wird für uns die persönliche Tüchtigkeit, nicht die Parteizugehörigkeit sein. Von den Beamten und von den Angehörigen der Reichswehr verlangen wir, daß sie, auf dem Boden der Verfassung stehend, gewillt sind, in ihrer dienstlichen Tätigkeit die Regierung rüchellos zu unterstützen.

Inzwischen hat die Deutsche Volkspartei gegen die Ministerliste Einspruch erhoben. Ändert sich aber die Zusammensetzung der Regierung, so ändert sich naturgemäß auch das Programm.

Und nach welcher Richtung die von der Deutschen Volkspartei erstrebte Änderung erfolgen soll, ist wirklich nicht schwer zu erraten.

In welcher Lage wäre die sozialdemokratische Fraktion heute, wenn sie gestern, dem Wunsch der Demokraten entsprechend, beschlossen hätte, der neuen Regierung ihr Vertrauen auszusprechen?

Wären wir dem Wunsche der Demokraten nachgegeben, was wir, wie gesagt, aus grundsätzlichen Erwägungen nicht konnten, so wären wir, auch rein taktisch genommen, die blamierten Europäer gewesen — und die Bildung einer wirklich mittleren und nicht rechten Regierung wäre dann wahrscheinlich erst recht noch an den übertriebenen Forderungen der Deutschen Volkspartei geknüpft.

Durch das demokratische Drängen nach einer sozialdemokratischen Vertrauensklärung, die nach Lage der Dinge gar nicht gegeben werden konnte, und mehr noch durch das unge-

stüme Rechtsdrängen der Deutschen Volkspartei ist abermals eine überaus kritische Situation entstanden. Die drei Parteien, die gestern noch zur gemeinsamen Regierungsbildung fest entschlossen zu sein schienen, müssen selber sehen, wie sie aus ihr wieder herauskommen, wenn anders sie nicht den Beweis erbringen wollen, daß das Bürgertum in Deutschland überhaupt nicht mehr in stande ist, eine Regierung zustande zu bringen. Die Sozialdemokratische Partei hat dem Zustandekommen einer bürgerlichen Regierung wahrhaftig keine Schwierigkeiten in den Weg gesetzt — wenn aber schon ihre Neutralität genügen sollte, diese Regierung unmöglich zu machen, dann ist eine weiter nach rechts gerichtete Regierung, wie sie die Deutsche Volkspartei anstrebt, die dann naturgemäß die schärfste sozialdemokratische Opposition herausfordern würde, erst recht nicht möglich. Wenn sich also die Deutsche Volkspartei nicht bescheidet und wenn sich die Demokraten nicht mit einer abwartenden Neutralität der Sozialdemokratischen Partei begnügen wollen, dann ist die Krise vor neuem eröffnet, und alles ist wieder ins Ungewisse gestellt.

Im Reichstag sollte am Donnerstag die Konstituierung, am Freitag die Wahl des Präsidenten erfolgen. Für den Sonnabend wurde dann die Regierungserklärung und die Programmdebatte in Aussicht genommen. Ob angesichts der neu entstandenen Schwierigkeiten dieser Plan aufrechterhalten werden kann, steht dahin.

Selbsthilfe gegen den Wucher. Lebensmittelunruhen im Westen.

Über die Lebensmittelunruhen, die sich in Osnabrück abspielten, haben wir bereits kurz berichtet. Die Lage hat sich dort in den letzten Tagen außerordentlich verschärft. Selbst die Eberle-Prese, die im Dienste des Großkapitals den Kampf gegen die „Großwirtschaft“ und für die Ausbreitungsfreiheit des „freien Handels“ führt, muß heute aus Osnabrück berichten:

Die Unruhen nahmen ihren Ausgang auf dem Wochenmarkt, wo eine Anzahl von Landleuten und hiesigen Lebensmittelhändlern für Kirichen, Erdbeeren usw. ganz außerordentlich hohe Preise forderten. Es kam zunächst zu einem Käuferstreik und dann wurde, allerdings recht spät, durch die Polizei eine erhebliche Herabsetzung der Preise für die genannten Obstsorten angeordnet.

Infolge einer unvorsichtigen Äußerung einer Gemüsehändlerin fürzte die Bevölkerung deren Laden und plünderte ihn aus. Dann ging man in die nächsten Lebensmittelmärkte, wo eine Anzahl von Landleuten und hiesigen Lebensmittelhändlern für Kirichen, Erdbeeren usw. ganz außerordentlich hohe Preise forderten. Es kam zunächst zu einem Käuferstreik und dann wurde, allerdings recht spät, durch die Polizei eine erhebliche Herabsetzung der Preise für die genannten Obstsorten angeordnet.

Auch in Krefeld ist es zu ähnlichen Vorkommnissen gekommen wie in Osnabrück. Es wird von dort berichtet:

Nach einer Massenkundgebung gegen die Teuerung zog eine große Menge zur Markthalle und plünderte sie vollständig aus. Wegen abendlicher Hitze wurde das Warenhaus von Leopold Tisch, zertrümmerte sämtliche Schaufenster, warf sämtliche Waren aus allen Stockwerken aus den Fenstern auf die Straße und verschleppte sie dann. Auch mehrere andere Geschäftshäuser, vorwiegend Schuhwarengeschäfte,

waren der Wut der aufgeregten Menge ausgesetzt, die auch hier die Schaufenster einschlug und die Auslagen raubte. Die Schuhmannschaft war dem Treiben gegenüber vollständig machtlos. Erst in den Abendstunden gelang es der belgischen Besatzungsbehörde, mit einem starken Truppenaufgebot die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Bei den Zusammenstößen wurden zahlreiche Personen mehr oder minder erheblich verletzt. Der durch die Plünderungen angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt. Die hiesige Lebensmittelkommission hat beschlossen, Obst, Gemüse und andere Lebensmittel in großen Mengen aufzukaufen und zum Selbstkostenpreise an die Bevölkerung abzugeben. Verkäufer dürfen vor 10 Uhr vormittags den Markt nicht mehr betreten.

Infolge der hohen Obstpreise entstand auch in Frankfurt (Main) auf dem Markt ein großer Krach, der dazu führte, daß die erregte Menge die Obststände stürzte, die Körbe umstülpte und das Obst, Kirichen, Erdbeeren und Heidelbeeren, zertrat.

Auch in den einzelnen westfälischen Städten sind Lebensmittelunruhen ausgebrochen.

In Stuttgart fanden große Demonstrationen der Unabhängigen und Kommunisten vor dem Rathaus statt, die sich hauptsächlich gegen die Lebensmittelteuerung richteten.

Die preussische Preßgesetzgebung.

Von juristischer Seite wird uns geschrieben:

Zur preussischen Verfassungsberatung empfiehlt es sich, die Aufmerksamkeit auf die noch bestehende preussische Preßgesetzgebung zu lenken. Es handelt sich um die §§ 9 und 10 des preussischen Preßgesetzes vom 4. Juni 1851, welche nach § 30 Abs. 2 des Reichspreßgesetzes in Kraft geblieben sind und auch durch die Revolutionsgesetzgebung bisher nicht beseitigt wurden. Diese Vorschriften, die aus der Reaktionszeit nach 1848 stammen, verbieten alle Plakate, welche einen anderen Inhalt haben, als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, öffentliche Vergünstigungen, gestohlene und gefundene Sachen, Verkäufe und andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr. Danach sind alle Plakate, die das politische Gebiet betreffen, unbedingt verboten. Plakate, die den zulässigen Inhalt haben, sind allerdings erlaubt, bedürfen aber in jedem einzelnen Falle polizeilicher Genehmigung. Da dies natürlich praktisch nicht durchführbar ist, so ist für lediglich gewerbliche Ankündigungen durch die allgemeinen Straßenpolizeiverordnungen in gewissem Umfange eine generelle Genehmigung erteilt.

Das preussische Preßgesetz verbietet ferner die unentgeltliche öffentliche Verteilung von Druckschriften. Die Vorschriften des preussischen Preßgesetzes sind bekanntlich vor der Revolution von den Polizeibehörden sehr scharf zur Bekämpfung oppositioneller Parteien benutzt worden. Seit der Revolution sind sie tatsächlich fast ganz außer Übung gekommen. Von der tatsächlichen Plakatsfreiheit haben übrigens die rechtsprechenden Parteien mit ihren zahllosen antibolschewistischen Aufrufen und das Militär mit seinen Werbeplakaten besonders weitgehenden Gebrauch gemacht. Derselben Parteien gelangten sich auch durch Verteilung von Flugblättern aus, besonders die Antisemiten. Trotzdem ist das Gesetz nicht abgeschafft worden.

Die Reichsverfassung, soweit sie sich mit der Preßfreiheit beschäftigt, Artikel 113, gewährleistet diese nur innerhalb der Schranken der bestehenden Gesetze, zu denen das preussische Preßgesetz gehört. In Preußen sind nach der Revolution alle nicht besonders aufgehobenen Gesetze ausdrücklich aufrecht erhalten worden. Andererseits überläßt das Reichspreßgesetz — § 30 Abs. 2 — der Landesgesetzgebung das Recht, Vorschriften über das öffentliche Anschlagswesen und die öffentliche unentgeltliche Verteilung von Druckschriften zu erlassen. Unter diesen Umständen könnte bei der Beratung der preussischen Verfassung eine Regelung der Materie erfolgen, die freilich die Ansprüche der Reichsverfassung trägt. Man könnte danach unbedenklich die öffentliche Verteilung von Druckschriften freigeben und für Plakate lediglich die Einwilligung des durch das Ankleben Betroffenen Eigentümers fordern und die Straferfolgung vom Antrag desselben abhängig machen.

Eine Reform der Materie liegt zurzeit im Interesse sämtlicher politischer Parteien und würde deshalb kaum auf großen Widerstand stoßen.

Vierjähriger Landtag.

Im Verfassungsausschuh der Preussischen Landesversammlung entspann sich beim 9. (Dauer der Tagungsdauer des Landtages) eine umfangreiche Debatte darüber, ob die Tagungsdauer nicht auf drei Jahre abgekürzt werden könne, und ob es nicht möglich sei, eine größere Anzahl von Wahlen, etwa die zum Landtag, zum Provinziallandtag, zum Kreisrat und zu den Gemeinden am gleichen Tage vorzunehmen. Wegen der sozialistischen Stimmen wurde schließlich die Legislaturperiode auf vier Jahre festgelegt.

Die Bestimmungen über die Auflösung des Landtags wurden zurückgestellt, bis die Beratung über den Staatrat im Unterhaus erfolgt ist.

Im § 11 wurde bestimmt, daß bei regelmäßigem Ablauf der Wahlperioden die Neuwahl vor dem Ablauf der vier Jahre stattzufinden hat. Entgegen dem Entwurf wurde beschlossen, daß nicht der Präsident des letzten Landtages, sondern die Regierung den neugewählten Landtag beruft. Während der Entwurf vorsieht, daß der Landtag außer zu den festgesetzten Terminen auf Verlangen eines Drittels der Abgeordneten jederzeit einberufen werden muß, beschloß der Ausschuh, daß schon das Verlangen eines Fünftels genügen soll.

Die Reichsverkehrspleite.

Der Reichsrat hat einen Notetat angenommen, der sofort dem neuen Reichstag vorgelegt werden soll. Die Ausschüsse des Reichsrats haben auch den Monat Oktober noch mit in diesen Notetat hineingenommen, an der Regierungsvorlage selbst aber nur wenige Veränderungen vorgenommen. Der Notetat enthält u. a. eine beträchtliche Stellenvermehrung bei den Verkehrsbeamten der früheren Eisenbahnstaaten, deren Eisenbahnen nunmehr auf das Reich übergegangen sind, ebenso auch bei der Post. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß der Hehlbetrag für die Reichspost und die Eisenbahnen in Höhe von 6,1 Milliarden Mark im Notetat festgesetzt sei, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es doch allmählich gelingen werde, über dieses schreckenerregende Defizit hinwegzukommen. Finanzminister Dr. Wirth unterstrich diese Ausführungen. Ingesamt würden wir allein im ordentlichen Budget der Reichseisenbahnen einen Hehlbetrag von 15 Milliarden Mark haben, und dazu komme noch der Hehlbetrag der Post. Er benutzte die Gelegenheit, um dem Reichsrat zu sagen, daß wir vor neuen großen Zuwächsen in den Hehlbeträgen ständen, bis aus den Befolungsreformen der Länder hervorgingen. Die Beamten der Länder, die in den Reichsdienst übernommen würden, verlangten, daß sie in Zukunft ihr Gehalt so empfangen, als wenn sie noch in den Ländern verblieben wären. Damit stehen wir vor der betrüblichen Tatsache, daß die Reichsbefolungsordnung, noch ehe sie wirksam werden sollte, aufgehoben ist durch die weitergehenden Befolungsordnungen der Länder. Außerdem stehen wir vor dem Abbruch eines Lokalizismus für die Reichseisenbahnen, wobei es sich um gewaltige Forderungen der Organisationen handelt. Das Defizit wird sich dadurch noch erhöhen.

Unser Schicksal teilten . . .

Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, wor von der „Hohen Rheinlandkommission“ auf fünf Tage verboten worden. Nachdem sie wieder erscheinen darf, dankt sie den Lesern für ihre Treue und fügt lakonisch hinzu:

„Unser Schicksal teilten die „Rheinische Volkszeitung“, die „Wiedobadener Neuesten Nachrichten“ und einige Pfälzer Zeitungen, die alle wegen der Veröffentlichung von Urteilen verurteilt wurden, in denen die Befehlshaber eine Verleumdung der schwarzen französischen Truppen erdichteten. Außerdem wurden in den längsten Tagen unter anderem verurteilt: Fritz Blausch, Verleger des „Nordpfälzer Tageblatts“ in Rodenhäuser, zu 10000 M. Geldstrafe, Peter Stein, Redakteur dieser Zeitung, zu 6000 M. Geldstrafe, Buchdruckermeister und Verleger des „Rheinisch-badischen Anzeigers“ Ad. Thiele zu einem Monat Gefängnis und 10000 M. Geldstrafe, Karl Müller vom „Kaiser Tageblatt“ zu 1000 M. Geldstrafe, Friedrich Borch, Verleger des „Lokalanzeigers Oberheim am Glan“, zu 1000 M. Geldstrafe.“

Es lebe die internationalisierte Freiheit! Hurra!

Diese soll der Philosoph und Kritiker Lasker zu seinem Rechte kommen. Karl Vorländer und Alfred Braunthal haben nicht zugezogen, sondern selbständige Schriften geliefert, und zwar vorzügliche. Die kleine Schrift des ersteren über Kant, Nietzsche, Hegel hat den Referenten mit um so größerer Genugtuung erfüllt, als, wie ihm scheint, Vorländer hier mehr als in dem früheren umfangreichen Werk „Kant und Marx“ sich dem Standpunkt Hermann Cohen's nähert, wonach auch ein historischer Zusammenhang zwischen Kant und dem Sozialismus besteht. In der Tat kann man doch den kategorischen Imperativ in der Form: „Handle so, daß du die Menschheit sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst“ als ethischen Tragfehler des ganzen Sozialismus hinstellen. Doch aber ohne Ethik der Sozialismus nicht bestehen kann, diese Ueberzeugung dürfte sich mehr und mehr Bahn brechen. Sie durchleuchtet erst recht überzeugend auch die Schrift Braunthals „Marx als Geschichtsphilosoph“. Marx hat bekanntlich seine Geschichtsphilosophie nicht in einer besonderen Schrift zur Darstellung gebracht, aber Tatsache ist nach Braunthal, daß alle Werke Morgens und Engels, vom Glanz der Philosophie angefangen, in ihren Grundgedanken und in allen Einzelheiten bis ins kleinste Detail so dem Gedanken der materialistischen Geschichtsauffassung durchdrungen sind, daß dem, der die Schriften der beiden Denker etwas genauer kennt, die Methode der materialistischen Geschichtsauffassung ganz lebendig vor Augen steht und es andererseits möglich ist — und es ist dies die Aufgabe dieser Schrift —, dem, der sie nicht so eingehend kennt, aus einzelnen Stellen und der Besprechung der wichtigsten Gedanken ihrer Werke ein klares Bild der materialistischen Geschichtsauffassung zu geben. Waren letzter die materialistischen Grundgedanken bei Auffassung und Darstellung der Geschichte ungenügend verhandelt, so wurden sie von Marx besonders, in den ersten schroffen Formulierungen Auffassung allzu einseitig als alleinbestimmend hingestellt, aber in Wahrheit sind auch bei ihm die idealen Faktoren keineswegs mehr bedeutungslos. Es freilich jedem Leser das Bild des eigenständigen und komplizierten Zusammenspiels der verschiedenen Elemente so klar wird, wie Braunthal annimmt, möchten wir beglückwünschen. D. A. Gillissen.

Muhm oder Geld? Vor eine gründliche Beantwortung dieser Frage werden jetzt in Frankreich die Erben des Alexander Dumas a. Kater gestellt. Dieser fruchtbarste französische Roman- und Dramatiker, dessen fünfzigster Todestag am Ende Dezember d. J. fällt. Sie mühten nämlich, da die Schatzkammer für das Ueberderrück im nächsten Jahre abläuft, auf weitere Quantitäten aus den Werken des Dichters vorzugehen, wenn sie nicht öffentlich zugeden, es sei nicht der alleinige Verfasser seiner weltberühmten Romane gewesen. Die Tatsache an sich zeigt ja längst literarhistorisch fest. Nun melden sich die Erben seines hauptsächlichsten Mitarbeiter, August Maquet, der erst im Jahre 1868 gestorben ist, und machen allen Entzeden den Vorschlag, die Dumas'schen Werke mit dem Namen der beiden Verfasser, Dumas und Maquet, weiter erscheinen zu lassen, um 18 Jahre länger die Honorare dafür zu

Der geprellte Kriegsgewinner.

Die Sucht nach Orden und Titeln treibt wunderbare Blüten. Selbst in dem neuen Staatswesen ist sie nicht ausgestorben. Die Münchhausen, die republikanische Orden entzückt zurückgeben, sind nur dünn geät. Desto zahlreicher aber sind wahrheitsliebende die anderen, die auch heute noch einen Titel oder ein Bündchen im Knopfloch haben möchten. Der nachfolgende Brief, der uns auf den Redaktionsstisch flattert, spricht Bände:

Saulz u. Sadur. Berlin, O 112, den 5. Mai 20.
Rafsch-Jabr. u. Apparatebau. Frankfurter Allee 284.
An das Reichswehrministerium
Versorgungsstelle, Berlin.

Durch Herrn Oberst Lange, welcher einen Herrn Schütte beauftragt hat, sich mit mir zwecks Vergabe größerer Beträge für die Kriegspatenschaften, das Tagesheim für Soldatenkinder und Offizierswitwen und -waisen, in Verbindung zu setzen, habe ich eine Summe von zusammen 90 000 M. gestiftet.

Wir wurde durch Rechnungsrat Koch des Ozeren mitgeteilt, daß ich bestimmt den Titel Kommerzienrat erhalten sollte, was auch Herr Major Hülsmann bestätigte. Nachdem ich dann den Betrag von 90 000 M. im Jahre 1917 gestiftet hatte, wurde mir mitgeteilt, daß ich wegen noch nicht erreichten Alters den vorerwähnten Titel noch nicht erhalten könnte. Man vertröstete mich auf das Jahr 1919.

Ich erlaube mir nunmehr darauf aufmerksam zu machen, daß die Zeit verstrichen ist und Bitte um Ernennung. Sollte jedoch wider Erwarten die Ernennung infolge der politischen Umwälzungen nicht mehr möglich sein, so bitte ich um Rückzahlung der Beträge in Höhe von 90 000 M.

Ich bemerke noch, daß ich auf Erledigung in meinem Sinne bestohe und die Sache nicht ruben lassen werde. Hochachtungsvoll gez. A. Berlin.

Im feiner Art ist dieser „beinahe gewordene Kommerzienrat“ wohl einzig dastehend. Seine unbegrenzte Wohlthätigkeit für Soldatenkinder und Offizierswitwen in der „Schiebermonarchie“ ist ihm nun leid geworden, da er nicht Kommerzienrat werden konnte. Jetzt möchte er zu den übrigen Kriegsgewinnern auch noch die wohlthätigen Spenden von 90 000 M. zurückhaben. Geldgier ist Geldgier, und was tu ich mit der Wohlthätigkeit, wenn ich dafür keinen Titel haben darf! Der Brief zeigt aber auch auf neue, wie notwendig die Heranziehung der großen Einkommen zu kräftiger „Opferbereitschaft“ ist, ohne daß man durch die Wohlthätigkeit sich Kämmer und Würden dafür kaufen kann.

Sozialistenregierung in Braunschweig.

Im Braunschweig haben die Bürgerlichen ihre antidemokratische Obstruktion gegen die Bildung der Regierung endlich aufgegeben und sich mit der Abgabe weicher Zettel begnügt. Zu Ministern wurden gewählt die Sozialdemokraten Antrich und Steindreher, die Unabhängigen Dreyer, Junke und Sievers.

Die Thüringer Wahlen.

Weimar, 22. Juni. (WZ.) Bei den Wahlen zum Thüringischen Landtag wurden nach den bisherigen Feststellungen abgegeben: Für die Deutschnationalen 84 126, die Deutsche Volkspartei 90 125, Demokraten 40 921, Landbund 92 745, Sozialdemokraten 87 720, Unabhängige 159 512, Kommunisten 5858. Es fehlen noch die alienbürgerlichen und die meisten meiningischen Landorte.

Republikanisch-deutschnational.

Deßau, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine aus Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gebildete anhaltische wirtschaftliche Fraktion des Landtags hat die Erklärung ab, daß die Fraktion unbedingt auf dem Boden der Reichs- und Landesverfassung stehe.

„Angeboten sollen nicht geneigt werden“, dachte die Befehlungsbehörde und verbot den „Wahren Jakob“ und den „Kladderadatsch“ für den Kreis Kreuznach.

beziehen. Es scheint kaum zweifelhaft, daß in dem heute mehr als je kapitalistischen Frankreich die Entscheidung der Gewissensfrage lauten wird: Geld!

Tonn Stellen, der in der neuesten Nummer des „Literarischen Echo“ diesen interessanten literarischen Fall ausführlich behandelt, gibt die Gelegenheit eine umfassende Uebersicht über die Werke des älteren Dumas unter Mitwirkung der zahlreichen Mitarbeiter, die Dumas außer Maquet gehabt hat. Doch ich aber Dumas nicht nur der Phantasie französischer Kollegen bedient hat, sondern auch diejenige längst verlebener deutscher Romanciers in den Dienst seiner Muse gestellt hat, dürfte die deutschen Leser besonders interessieren. Dumas hatte nämlich eine Fülle von jungen Mitarbeiter zur Verfügung, die für ihn alle Abenteuer- und Ritterromane der deutschen Vergangenheit lesen und exzerpieren mußte. Man's seltsames Stücken aus diesen Werken ist so in die Dumas'schen Romane übergegangen.

Das indische Sibirien. Die indische Strafkolonie, die England in dem auf der Inselgruppe der Andamanen im Bengalischen Golf gelegenen Sibirien unterhält, vereint mit dem Vorteil der verhältnismäßig billigen Verwaltung den anderen, den zum Teil auf Lebenszeit verurteilten Inndern die Möglichkeit zu gewähren, sich auszubringen für die Gesellschaft zu beistimmen. Die Bewohner der Kolonie setzen sich zurzeit aus 12 000 Sträflingen zusammen, unter denen sich 270 Frauen befinden. Romantisch bestanden zwar ein Gouverneur sowie Verächte zur Schlichtung von Streitigkeiten und eine kleine englische Garnison, in Wahrheit aber regieren sich die Sträflinge selbst. Sie erfreuen sich vollständiger Selbstverwaltung und bilden eine Gemeinschaft, die von den tüchtigsten der Genossen geleitet wird. Nach einer zehnjährigen Probezeit erhält der Deportierte die Erlaubnis, seine Familie nach der Kolonie nachkommen zu lassen oder eine Strafgefängnis zu betreten, und daß von letzterer Vergünstigung weitläufig Gebrauch gemacht wird, beweist der Umstand, daß man im Jahre durchschnittlich 80 solcher Sträflinge zählt. Die Sträflinge beschäftigen sich mit den verschiedensten Arbeiten. Die Frauen werden in Baumwollwebereien beschäftigt, die Männer arbeiten als Zimmerleute, Fabrikanten, Wollentrichter oder beschäftigen sich mit der Herstellung von Hausgeräten.

Der Theater- und Gelehrter der 241. Gemeindefürsorge Mörner, Mittwochs, nachmittags 8 1/2 Uhr, im Humboldt-Theater, Dohr, 19, eine Kindersymphonie von A. Tschel und ein Bergenspiel. In der „Archiv“ von Otto Hall auf. Eintritt für Kinder 1,10 M.

Karl Bröger läßt demnächst ein neues Buchwerk unter dem Titel „Flamme“ in Eugen Diederichs Verlag erscheinen.

Ein Institut für Pflanzensysteme ist in Döhlen begründet worden. Es soll der chemischen Erforschung der Pflanzstoffe dienen.

Die Gründung der Kettler wird ein Vortrag von Dr. Oskar Dering, Abends am 24. Juni, 7 1/2 Uhr abends, in der Kantgesellschaft im Rauen Kesselgebäude stattfinden.

Eine Tragikomödie „Die Internationalen“, geschrieben von Emil Kalupp, gelangt am 27. Juni, nachmittags 8 Uhr, im „Galkalio-Theater“ zur Aufführung. Das stürzende Stück läßt an die Vorgänge in der sozialistischen Arbeiterkassette während des Weltkrieges an.

Wege zum Sozialismus.

Unter diesem Titel wird im Verlag von Paul Cassirer, Berlin, eine Sammlung von Schriften herausgegeben, die jeweils eine Audienz aus den Werken hervorragender Sozialisten mit einer Einführung vereinigt. (Jeder Band kartoniert 4 M.) Es liegen vor: Heinrich Heine, Owen, Saint-Simon, Kant, Nietzsche, Hegel, Marx als Geschichtsphilosoph, Lassalle. Diese Schriftenreihe, die fortgesetzt werden wird, sollte in sozialistischen und in bürgerlichen Kreisen gleich willkommen sein. Denn auch wer den Sozialismus bekämpfen will, sollte sich damit bemühen, ihn zu kennen. Damit steht es freilich nach der Revolution noch nicht viel besser als vorher. Als ich einmal vor 30 Jahren in einem Briefe an Heine Verwunderung darüber ausdrückte, daß die Schriften H. A. Lange's zu spät an der Bourgeoisie vorübergegangen seien, antwortete er mir, sie werde dieselben eben nicht gelesen haben; es sei erstaunlich, wie wenig man dort überhaupt lese. Desto schärfer für die Bürgerlichen! In sozialistischen Kreisen wird man die handlichen gelben Heften gewiß würdigen. Sie sind nicht nach einem Schema gearbeitet. Bei denen über Heine, Owen, Saint-Simon und Lassalle bilden Auszüge aus deren Schriften die Hauptsache, wozu dann Einleitungen von sehr verschiedenem Umfang kommen. Heine's Aufsatz über Heine umfaßt 25 Seiten, und was davon von Heine's Beziehungen zu den Saint-Simonisten, Enfantin und Chevalier und von den späteren zu Marx und Lassalle erzählt wird, ist gewiß für viele neu. Von Heine's politischen Gedichten sind wohl die beiden gewaltigsten „Die israelitischen Weiber“ und „Die Wanderratten“. Beide fehlen natürlich nicht; den Hauptteil in der Auswahl aber bilden Stücke aus den „romantischen Zuständen“ und aus „zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“. Heine's Simon's Einleitung zu dem Owen-Buch ist länger (13 S.); dafür erhalten wir große Abschnitte aus dessen äußerst interessanter Autobiographie. Kennt den Dichter Heine in Deutschland jedes Kind, so dürfte bei besonderer Verweisung von dem großen englischen Denker freundschaftliche Schicksale, schlechterdings nichts wissen, so nachdrücklich auch Lange auf ihn hingewiesen hat. Owen's unerhört und unermüdliche Kette, sein durch keinen Mißerfolg zu läugnender Glaube an seine gute Sache existieren an unserer Jappheit, der auf einem ganz anderen Gebiete die gleichen Eigenschaften an den Tag gelegt hat. Eine verwandte französische Natur war Saint-Simon, dessen romanhaft wechselvolles und tragisches Leben und Gottfried Salomon auf wenigen Seiten erzählt, um dann ausführlicher über seine Lehre (Positivismus, Industrialismus, Sozialismus) zu sprechen und schließlich etwa 80 Seiten aus seinen Hauptchriften zu bringen. Im Gegensatz zu Owen und Saint-Simon ist Lassalle bei uns Deutschen wenig in weiten Kreisen bekannt; aber auch er ist eben doch weit mehr bekannt als gemeint, um ihn wenigstens einherzuführen können zu lernen, dürfen die vorliegenden Auszüge aus seinen volkstümlichen Schriften gut geeignet sein, die Eduard Beuier's in gerechtheit und mit einem ganz kurzen Vorwort versehen hat. In einem späteren

Die stadträtliche Eheverirrung.

Eine lustige Geschichte aus Baden von Theodor Thomas.

In welcher Gemeinde sich diese Komödie abgespielt hat, will ich heute noch nicht verraten, vielleicht hören es feinhörige Leser am Dialekt — vielleicht auch nicht.

Vor dem ersten Bürgermeister Brombach saßen auf roten Plaischfesseln der Herr und die Frau Stadtrat. Der weibliche Teil der roten Plaischbesetzung war aber nicht „Frau Stadtrat“ geworden durch die Würde ihres Mannes, sondern kraft eigener geistigen Qualitäten und das Vertrauen der Bürgerchaft. Er und sie waren beide regelrecht als Stadträte gewählt worden — freilich zu einer Zeit, da sie noch nicht verheiratet waren. Aber das ist ja gerade der Big dieser Geschichte, denn deswegen saßen sie hier vor dem Ersten zum peinlichen Verhör.

Der Bürgermeister spielte nettlos mit dem Federhalter. In seinem Großhirn wälzte er die Frage um und um: Wie sag ich's der Frau Stadtrat? Die beiden Angeklagten saßen ergebungslos auf den Stühlen und harrten der Dinge, die da kommen sollten. Es war, was man so nennt, eine peinliche Verlegenheitspause. Endlich nahm der erste Bürgermeister wieder das Wort:

„Mir ist dös au' recht laudumm, aber i' kann halt nit annerch, vom Ministerium wird's verlangt. Die drobe wölle wisse, wer zerscht Schuld gehabt häit, daß es zur stadträtliche Eh' komme ich zwischen ihne.“

„Gottleidank, nun war es doch endlich heraus. Er wüschte sich umständlich die Platte ab und schneuzte sich geräuschvoll. Der männliche Stadtrat stieß sich den Schnurbart, sah seine Frau lächelnd an, dann lachten sie alle drei recht herzlich.“

„Herr Bürgermeister, seil ich zum heule. Wer kann heint noch wisse, wer a'gefange hat? Wer hamm und halt gern gehät un da hamm mer halt jeder Schuld.“

Die junge Frau Stadtrat sah verschämt zur Seite; und betradtete sich angelegentlich das große Bild des „Ersten“, das über seinem Schreibtisch hing.

„Alsdann müsse mer die Sach schriftlich mache. Mer schreibe, daß sich kein „Verichulde“ feststelle läßt. Von mir aus, mir ist es recht. Aber Sie ischteit denn in die Akten? Schawe mir mal nach, wo ich's denn. Hier hamme merich, ich wüß vorlese.“

„Wenn zwischen zwei Mitglieder eines Stadtrates im Laufe der Wahlperiode eine Ehe entsteht, ist dasjenige Mitglied, durch welches...“

„Jetzt kommt's, passe Se auf: „Ist dasjenige Mitglied, durch welches das Hindernis entstanden oder herbeigeführt worden ist, als ausgeschieden zu betrachten...“

„Da hamme merich!“ Es entstand zwischen den Dreien eine Pause. Die beiden Herren puyten wie auf Kommando ihre Brillen lange und umständlich, endlich nahm die Frau Stadtrat das Wort:

„Wenn ich nicht irre, ist diese Bestimmung auch vor der Revolution schon dagewesen, aber da hat sie etwas anders gellungen.“

„Richtig,“ ergänzte der Bürgermeister, „da hätte die Bestimmung a' schon gehät, aber damals hat's so geheißen: ...“

„Wenn zwischen zwei Mitgliedern eines Stadtrates im Laufe der Wahlperiode eine Schwägerschaft entsteht, ist dasjenige Mitglied als ausgeschieden zu betrachten.“

„Se hamme,“ bemerkte der Stadtrat, „einfach aus dem Wötte „Schwägerschaft“ nach der Revolution eine „Ehe“ gemacht.“

„Nu soll der Teufel ausnoble, wer „das Hindernis“ herbeigeführt hat,“ ergänzte der Bürgermeister. „Wie soll ich denn dös mache? Wie kann ich feststelle, wer den ersten „jähliche Bild“ gemacht hat, oder wer dem Amern das erschte „Schmägi“ ufgepappi hat.“

„Ja nicht,“ protestierte die Frau Stadtrat. „Seil ich gut, nachher wärn Sie das Karnidel, Herr Kollege.“ Wieder lachten alle drei.

„Ja mein halt, dös Befeh is a' saubere Dummheit. Da häi mer den Frauen Rechte geben wölle, un nu hat man in der Bigkeit einfach blos e Wörtle geändert. Die G'schicht is zum Lache.“

„Weider ist sie das nicht,“ sagte der Bürgermeister ernst, indem er den Akt wieder und wieder durchblätterte. Wenn er dienstlich

redete, nahm er das Hochdeutsche zwischen die Zähne. „Wir müssen der Städteordnung gerecht werden und versuchen, aus der Geschichte herauszukommen.“

„I mein halt, dann tret ich z'rück,“ wandte die Frau Stadtrat ein.

„Grat nit,“ unterbrach sie der „Erste“, „seil grad net. Wir müsse dem Befeh ein Schnippchen schlagen.“

Er überlegte. „Ich find' icho was.“ Zwischen dem Kleblatt entstand wider eine Pause. „Er“ und „Sie“ saßen sich gegenseitig schelmisch lächelnd an, während der Bürgermeister angestrengt in die Kastanienallee hinunter blickte, als müsse von da die Lösung kommen.

Auf einmal lehrte er sich schnell um, schritt zum Schreibtisch und frigelte auf den weichen Vogen folgendes:

„Urschriftlich zurück mit dem ergebenen Bemerkern, daß sich im vorliegenden Falle leider nicht feststellen läßt, wer das Hindernis herbeigeführt hat. Beide haben sich gleichzeitig ineinander verliebt, gleichzeitig haben sie sich das sache Geheimnis in die Ohren geflüstert, sodas keiner von beiden schuld ist. Das „Hindernis“ kann aber bestimmt in dem engen Weimandersehen im Magistratsratungssaal erldit werden, wo die erste Gelegenheit zum Verlieben lam. Das Hindernis ist dadurch beseitigt worden, daß der Herr Bürgermeister angeordnet hat, die Sessel sollen künftig nicht so eng beieinander stehen.“

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben. „So, i mein, die Herrschaften in Karlsruh' wärn daran zu knappern hamme. Für uns ist die Sach erledigt.“

Er ließ unterschreiben und noch am selben Tag ging das Aktenbündel „Stadtrat kontra Stadtrat“ in die Hauptstadt zurück.

Dort zerbrechen sich jetzt gelehrte Häupter den Kopf, wie die Geschichte in die Reich' gebracht werden kann.

Groß-Berlin

Sommer Sonnenwende.

Und wieder ist die Zeit gekommen, daß die Sonne ihren höchsten Stand am Himmelzelt einnimmt, wieder ist Sommer Sonnenwende. Alle germanischen Völker vom Polarkreis bis zu den Alpen feiern dieses Fest. Aus grauer Vorzeit stammen die eigenartigen Festbräuche, die es verherrlichen. Bei unseren Altvordern war die Sonnenwende ein Fest zu Ehren des Lichtgottes Baldr, der zur Sommerzeit auf der Höhe seines Sieges über die Dummheit stand.

Seute ist das Bewußtsein an die alten Götter und Helden geschwunden. Die Form der Feier ist jedoch noch ziemlich unverändert erhalten geblieben. Wer heute in frohem Jubel durch die Sonnenwendfeuer springt, wer mit Spiel und Tanz den flammenden Holzstoß umkreist, der weiß wohl nur, daß dieses Fest am Wendepunkt des Frühlings zum Sommer liegt. Die Zeit des Wühlens und Wachsens ist abgelöst worden von der des Reifens.

Allmählich geht im Naturgeschehen der eine Zustand in den anderen über. Kein sprunghaftes Vorwärtstürmen, sondern ein stetes Weitergleiten im Sinne einer Höherentwicklung. Die frühere Katastrophentheorie ist von der Entwicklungslehre berichtigt worden. Wir haben aus der Natur gelernt, die Entwicklungsgeetze auch auf das wirtschaftliche Leben der Menschheit anzuwenden. Und so wissen wir denn, daß auch hier das Neue nicht sprunghaft, gleichsam über Nacht kommt, daß wir es nicht durch gewalttames Wollen herbeiführen können, wenn es uns beliebt.

Gleichwie wir jetzt an einem Wechsel der Jahreszeiten stehen, also können wir auch in der Geschichte der Menschheit einen Wendepunkt feststellen. Auch hier bricht die Zeit des Reifens an. Mit Geduld müssen wir sie sich vollenden sehen,

denn was sind die kleinen Zeitmaße unseres gewöhnlichen Lebens, verglichen mit den Zeiträumen, die bei dem Weltgeschehen als Maßstab anzulegen sind.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingen unsere gesamte Kultur. Je mehr es uns gelingt, die Fesseln abzustreifen, in die uns wirtschaftliche Nöte und Sorgen schmieden, desto freier wird unser Geist, desto höher unsere Fähigkeit, an wahren Kulturleben teilzunehmen. Der Glaube an die Vorwärtswentwicklung ist der Trost, der uns in diesen trüben Tagen den Mut bewahren läßt, der Hoffnungsstimmer, der den neu andbrechenden Freiheitstag der Menschheit schon ahnen läßt.

Und so begehen wir das Sonnenwendfest in der rechten Weise, wenn wir bei seiner Feier diese Gedanken in uns wach werden und wirken lassen.

Die Sonnenwendfeier des Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin findet am Sonnabend, den 26. Juni, nachts 12 Uhr, am Bernsdorfer See (Restaurant zum Ober-Sprea-Ranal) statt. Das Programm besteht aus Gesangsvorträgen, Rezitationen, Ansprachen, Reigentänzen u. a. Die Treffpunkte werden am Freitag veröffentlicht. Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, gestalle die Sonnenwende zu einer wichtigen Kundgebung der arbeitenden Jugend. Arbeiterkern, Parteigenossen, unterstütz das Fest Gurer Jugend!

Der „Freie Wanderbund“ feiert die diesjährige Sommer-Sonnenwende mit den Ortsgruppen Frankfurt (Oder) und Rottbus am Sonnabend, den 26., und Sonntag, den 27. Juni in der Biogener Hölle zwischen Fürstentwade und Frankfurt (Oder).

Das Stadtparlament der 225.

Die 225 Mitglieder der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung dürften in nicht zu ferner Zeit vom Oberpräsidenten Dr. Raier zu ihrer ersten Sitzung nach dem Festfall des Berliner Rathauses einberufen, in ihre Kammer eingeführt und durch Handföhltag an Eidesstatt verpflichtet werden. Bis zum 1. Oktober bleiben aber noch die bisherigen einzelnen Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen bestehen. Da die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses und die Verteilung der Stadtverordnenen erst im Laufe der nächsten Woche durchgeführt werden kann und für die Erledigung der Formfachen noch etwa acht Tage erforderlich sind, wird die erste Sitzung des neuen Stadtparlamentes, deren Einberufung immerhin beschleunigt werden soll, voraussichtlich Anfang Juli aber doch in der ersten Hälfte des Juli stattfinden.

Die erste Aufgabe der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung ist die Wahl des Vorstandes und der Mitglieder für das endgültige Schiedsgericht im Auseinandergehungsverfahren mit den Reichverbänden, vor allem aber die Beschlußfassung über die Größe des Magistrats, dessen Mitgliederzahl höchstens 30 betragen darf, die Verteilung der Magistratsitze auf die besoldeten und unbesoldeten Magistratsmitglieder und die Wahl des neuen Magistrats. Für diese Aufgabe wird voraussichtlich ein besonderer Ausschuss eingesetzt werden, der seine Arbeiten trotz der Sommerferien dertart wird fördern müssen, daß der neue Magistrat im Laufe des August gewählt werden kann.

Bis Anfang September müssen die Vorbereitungen für das neue Berlin wenigstens so weit gefördert sein, daß für die ersten Nebengangsarbeiten die erforderlichen Stellen geschaffen und besetzt sind.

Die Frauen bei der Stadtverordnetenwahl. Auch für die Stadt- und Bezirksverordnetenwahl war in der Stadtgemeinde Berlin-Lichtenberg eine Trennung der Frauen- und Männerstimmen angeordnet, die bei der Reichstagswahl gemacht Erfahrung, nämlich regere Beteiligung der Frauen als der Männer, bestätigte. Bei den beiden sozialistischen Parteien, ebenso wie bei

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Zweiter Teil.

1.

Sellanroa ist nicht länger eine unbewohnte Stätte, sieben Menschen leben hier mit groß und klein. Aber während der kurzen Zeit der Feuernte kam auch noch der eine oder andere Besuch dazu, Leute, die gerne die Nähmaschine sehen wollten, Brede natürlich als der erste; aber auch Axel Ström kam und die Nachbarn bis zum Dorf hinunter. Und von der anderen Seite des Gebirges kam Oline; sie war unvermeidlich.

Auch diesmal kam Oline nicht ohne Neuigkeiten aus ihrem Dorfe; sie stellte sich nie leer ein: Jetzt war die Verrechnung von des alten Siverts Nachlaß fertig geworden, und es blieb kein Vermögen übrig! Gar keines!

Hier kniff Oline den Mund zusammen, und ihre Blicke schweiften gespannt von einem zum andern. Na, tönte denn kein Seufzer durch die Stube, fiel nicht die Decke ein, Eleus war der erste, der lächelte. „Wie ist's denn, bist du nicht nach dem Ohm Sivert gekauft?“ fragte er mit gedämpfter Stimme. Und Klein-Sivert antwortete ebenso gedämpft: „Doch. Aber ich hab' ja keinen ganzen Nachlaß dir verehrt.“ — „Wieviel war's denn?“ — „Zwischen fünf- und zehntausend.“ — „Taler?“ rief Eleus schnell und machte Sivert genau nach.

Oline meinte, es sei jetzt nicht Zeit zu spähen, ach, wie war sie selbst geprellt worden, und sie hatte doch an des alten Siverts Sorg ihre ganze zöhe Willenskraft aufgeboden und heiße Tränen geweint. Eleus wüßte ja selbst am besten, was er gefahrenen hatte: „Soudio viel für Oline, als Stab und Stille für ihr Alter.“ Was war aus diesem Stab geworden? Uebers Arnie gelegt und abgebrochen!

Arme Oline, sie hätte wohl eine Kleinigkeit erben dürfen, das wäre der einzige letzte Punkt in ihrem Leben gewesen! Sie war nicht verwöhnt. Geübt im Bösen, jawohl, daran gewöhnt, sich von Tag zu Tag mit Kniffen und kleinen Verrückereien durchzuschlagen, ihre Junge gefürchtet zu machen, jawohl. O, nichts hätte sie schlimmer machen können, eine Erbschaft noch weniger als alles andere. Sie hatte ihr ganzes Leben lang gearbeitet, hatte Kinder geboren und ihnen ihre eigenen paar Sandfertigkeiten beigebracht, hatte für sie gebettelt, vielleicht auch gestohlen, aber sie doch ernährt als eine Mutter in kleinen Verhältnissen. Ihre Gaben waren nicht geringer als die anderer weltfluger Köpfe, sie wirkte und irrte für sich und die Ihrigen, richtete sich nach dem Augenblick und brachte sich durch, verdiente ein Kößchen da und eine Handvoll Wolle dort und würde in alltäglicher und unaufhörlicher Schlagfertigkeit leben und sterben. Oline — vielleicht

hatte sich der alte Sivert an die Zeit erinnert, wo er sie noch als jung, rotwangig und hübsch gekannt hatte. Aber nun war sie alt und häßlich, ein Bild der Vergänglichkeit, sie sollte lieber tot sein. Wo wird sie begraben? Sie besitzt kein eigenes Erbegräbnis, wahrscheinlich wird sie einmal in irgendeinem Kirchhof bei lauter fremden und unbekanntem Knochenresten unter den Boden gebracht, da wird sie einmal landen. Oline, geboren und gestorben. Auch sie war einmal jung. Eine Erbschaft für sie jetzt noch zur ersten Stunde! Jawohl, ein einziger letzter Punkt, und die Hände einer Skavin der Arbeit würden sich für einen Augenblick gefaltet haben. Die Gerechtigkeit hätte ihr noch einen verspäteten Lohn spendet, weil sie für ihre Kinder gebettelt, vielleicht auch gestohlen, sie aber jedenfalls ernährt hatte. Für einen Augenblick — und wieder hätte Dunkel in ihr geherrsch, die Augen hätten geschließt, die Hände gesucht und getastet: „Wieviel ist es?“ würde sie fragen. „Was, nicht mehr?“ würde sie fragen. Und sie hätte wieder recht. Sie war vielfach Mutter und verstand das Leben einzuschätzen, das war großen Lohnes wert.

Alles schlug fehl. Die Rechnungen des alten Sivert waren jetzt, nachdem Eleus sie durchgesehen hatte, wohl etwas verwirrt, aber das Gut und die Kuh, das Häherhaus und die Ausstände bedekten sehr knapp den Restbetrag in der Kasse. Und das es überhaupt einigermassen so gut ging, wie es ging, das war zum Teil Oline zu verdanken; sie war sehr verfeffen darauf, daß ein Rest für sie übrig bleibe, und so zog sie vergebene Posten, von denen sie als alte Klatschbäse wußte, oder Kosten, die der Revisor absichtlich übersehen hatte, um nicht achtenswerte Dorfgemeissen in Schaden zu bringen, ans Licht. Diese verfluchte Oline! Und sie beschuldigte nicht einmal den alten Sivert selbst; er hatte ja sicherlich aus gutem Herzen testiert und hätte auch reichlich Geld hinterlassen, jawohl; nein, die beiden Herren des Bezirksamts, die die Sache zu ordnen hatten, die hatten sie geprellt. „Aber einst wird auch dies dem Allwissenden zu Ohren kommen!“ sagte Oline drohend.

Werkwürdigerweise sah sie nichts Väterliches darin, daß sie im Testamente genannt war; das war trotz allem eine Ehre, niemand sonst von den Ihrigen stand darin.

Die Leute von Sellanroa trugen das Unglück mit Geduld, sie waren ja auch nicht ganz unvorbereitet. Anger konnte es allerdings nicht recht lassen: „Der Oheim Sivert, der seiner Lebtag so reich gewesen ist!“ sagte sie. — „Er hätte als aufrechter und reicher Mann vor den Thron des Rammes treten können, aber sie haben ihn beraubt!“ behauptete Oline. — „Nal war im Begriff, über Feld zu gehen, Du hast doch eine Nähmaschine, nicht wahr?“ — „Jawohl.“ — „Ja, jedermann spricht davon. Und daß sie rascher mäht als hundert Senken. Was du dir nicht alles anschaffen kannst, Nal, mit deinem Geld und deinem Vermögen! Unser Pfarrer hat einen neuen Pflug mit zwei Pflugscharen, aber was ist der Pfarrer neben

dir! Das würde ich ihm offen ins Gesicht sagen.“ — „Sivert kann dir mit der Maschine vormähen, er kann es schon viel besser als ich,“ sagte Nal und ging fort.

Nal ging fort. Auf Breidablid ist Versteigerung gerade um die Mittagstunde, und er will dorthin.

Nicht, als ob Nal noch daran dachte, die Anstiedlung zu kaufen, aber das ist nun die erste Versteigerung in der Gegend, und da will er dabei sein.

Als er bis nach Moaneland gekommen ist und Barbro da sieht, will er nur gräßen und weitergehen, aber Barbro redet ihn an und fragt ihn, ob er dort hinunter wolle? — „Ja,“ antwortet er und will weitergehen. Es ist Barbro's Kinderheimat, die versteigert wird, deshalb antwortet er so kurz angebunden. — „Bist du zur Versteigerung?“ fragt sie. — „Zur Versteigerung? Na, ich gehe eben einmal hinunter. Wo ist denn Axel?“ — „Axel? Ich weiß nicht, wo er ist. Er ist zur Versteigerung gegangen, er will wohl auch dies oder jenes zu einem Spottpreis ergattern.“

Wie dick doch Barbro war, und wie bissig, ganz rasend! Die Versteigerung hat schon angefangen. Nal hört des Schultzeihen Aufrufe und sieht viele Leute. Als er näher kommt, sieht er, daß er nicht alle kennt; es sind verschiedene Leute von auswärts da, aber Brede treibt sich in seinem besten Anzuge herum und ist lebhaft und gesprächig: „Guten Tag, Nal! So, du erzeigt mir auch die Ehre und kommst zu meiner Versteigerung. Ich danke dir! Wir sind viele Jahre lang Nachbarn und gute Freunde gewesen, und niemals hat es ein böses Wort zwischen uns gegeben.“ — Brede wird ganz gerührt: „Es ist ja sonderbar, wenn man sich vorstellt, daß man einen Ort verlassen soll, für den man gelebt und gestrebt und den man liebgekommen hat. Aber was bist es, wenn es einen nun einmal so bestimmt ist.“ — „Vielleicht wird es jetzt für dich viel besser,“ tröstet Nal. — „Ja, weißt du, das glaube ich auch,“ erwidert Brede rasch gefast. „Es ist mir nicht leid, durchaus nicht. Ich habe hier auf dem Lande keine Seide gesponnen, das wird jetzt besser werden, die Kinder werden größer und fliegen aus dem Nest — na, die Frau sorgt ja wieder für ein Kleines, aber trotzdem!“ Und plötzlich sagt Brede klipp und klar: „Ich hab' den Telegraphen aufgefändigt.“ — „Was?“ fragt Nal. — „Ich hab' den Telegraphen aufgefändigt.“ — „Du hast den Telegraphen aufgefändigt?“ — „Ja, zu Neujahr. Was soll ich weiter damit? Und wenn ich im Verdienen wäre und den Schultzeihen oder den Pfarrer fahren müßte, dann hätte immer der Telegraph zu allererst kommen müssen. Nein, das gibt es nicht. Das kann einer machen, der überflüssige Zeit hat; die Telegraphenlinie entlang rennen, über Berg und Tal für eine kleine oder gar keine Bezahlung, das tut der Brede nicht! Und außerdem hab' ich mich mit dem Vorstand, der mein Vorgesetzter ist, verfracht.“ (Fortf. folgt.)

den Demokraten übertrumpft allerdings das starke Geschlecht die Frauen um ein geringes. Für die U. S. P. D. stimmten 14 064 Männer und 14 068 Frauen, was einer prozentualen Verteilung von 51,5 auf die Männerstimmen und 48,5 auf die Frauenstimmen entspricht. Die S. P. D. erhielt 6116 Männer- und 5467 Frauenstimmen, also 52,8 gegen 47,2 vom Hundert. Fast dasselbe Verhältnis ergibt sich für die Deutschdemokratische Partei, für die 1370 Männer und 1228 Frauen stimmten, das heißt 52,9 bzw. 47,1 Proz. Auf die Wirtschaftliche Vereinigung entfielen 2136 Männer- und 2178 Frauenstimmen, 49,4 bzw. 50,6 vom Hundert. Bei der Deutschen Volkspartei ist bei 3500 Männer- und 4026 Frauenstimmen das prozentuale Verhältnis 46,5 und 53,5, bei der Deutschnationalen Volkspartei — 1207 Männer- und 1630 Frauenstimmen — 42,5 zu 57,5 Proz. Der größte Unterschied ergibt sich, wie auch bei der Reichstagswahl, wieder beim Zentrum, für das 1040 Männer und 1473 Frauen stimmten, was einem prozentualen Verhältnis von 41,6 zu 58,4 entspricht, d. h. der größte Unterschied, wenn man von der Liste Wierke (Frauenliste) absehen will die im ganzen Stadtbezirk nur 9 Stimmen auf sich vereinigte, unter diesen allerdings auch eine verirrte Männerstimme!

Genosse Dittmer schreibt uns: Am Tage der Wahl hatte die „Freiheit“ das Bedürfnis, gegen meinen Artikel über Gemeindeverwaltungen und Stadtverordnetenwahlen mit großer Schärfe zu Felde zu gehen. Dabei sind wir in der Höhe des Wohlgefühls eine ganze Reihe von „Freunden“ postiert, von denen hier nur die wichtigsten richtiggestellt sein mögen. Zunächst ist erneut festzustellen, daß die große Deputation, nach den Darlegungen der Stadträte Dr. Seif und Weise (letzterer U. S. P. D.) einstimmig, also mit Einschluß aller Unabhängigen, dem Antrag des Magistrats zustimmte und damit den Schiedsspruch über die Hilfsfrage aufhob. Der „Anfall“ war also — gegenständig! — Daß ich „eingefleischter Anhänger der Arbeitsgemeinschaft“ sein soll, daß die „Freiheit“ gar schon früher einmal behauptet, den Beweis dafür ist sie aber schon längst geliefert. Sie kann ihn auch nicht bringen, denn der Verband der Gemeindearbeiter gehört einer solchen Arbeitsgemeinschaft nicht an! Wenn mir weiter angeklagt wurde, ich hätte den „Beitritt der Berliner Kommune zum Arbeitgeberverband der Gemeinden“ zustande gebracht, so ist das zwar ganz schmeichelehaft, trifft aber nicht zu. Die Angelegenheit ist bis zur Bildung von Groß-Berlin verlagert und in der betreffenden Deputationsberatung waren die U. S. P. D.-Abänderung vernünftig genug, mich zu ersuchen, das Material über den Standpunkt der Gemeindearbeiter von ganz Deutschland zu dieser Frage einzubringen. Im übrigen enthält der „fürchterliche“ Reichsanwaltschafts ausdrückliche den § 13, wonach bessere Verhältnisse ohne weiteres bestanden bleiben. — Daß der hervorragenden Tätigkeit Sassenbachs im früheren Weisensamt sowie im jetzigen Jugendamt von den U. S. P. D.-Mitgliedern in diesen Kommissionen wiederholt Anerkennung gezollt wurde, ist unbestreitbar, aber wie kann die „Freiheit“ so etwas sagen? Es wäre ihr ja die Wohlthat verloren gegangen, die da lautet: „Jeder wirkliche Fortschritt in der Gemeinde ist auf die Tätigkeit der U. S. P. D. zurückzuführen.“ Das glänzt zwar kein besonderer Mensch, aber der „Jed“ mußte doch erreicht werden, möchten auch die Mittel weniger heilig sein.

Die teuren „Frei“-Wälder.

Neben anderen populären Sports erfreut sich das Schwimmen in diesem Jahre eines ganz besonderen Aufschwungs. Da die Badeverwaltungen in diesem Jahre mit einem starken Besuch der Küstebadbesucher rechnen mußten, sind die Vorkehrungen ausgedehnt und teilweise Sonderverordnungen vorgenommen worden. Die Badeverwaltungen konnten trotz der getroffenen Vorkehrungen des Aufschwungs nicht Herr werden. Ganz besonders stark wird das Freibad Grünau benutzt. Dieses Bad ist das größte Freibad in der Umgebung Berlins und beruht über gesonderte Herren- und Damenabteilungen sowie über ein Familienbad. Selbst die ersten Tage der Woche bringen einen derartigen Zustrom, daß der Strand einem Ameisenhaufen gleicht. Da sich das angrenzende Gelände für eine Erweiterung sehr gut eignet, wäre es im allgemeinen und besonders im sportlichen Interesse erwünscht, die Fläche des Freibades so zu vergrößern, daß es hinsichtlich aller Anforderungen genügt werden kann. Die Eintrittspreise und damit verbundene Gebühren bewegen sich allerdings in einer Höhe, die dem Charakter eines Freibades durchaus nicht entsprechen. So beträgt z. B. der Eintrittspreis 25 Pf., die Gabelobstgebühr 40 Pf. und das Entgelt für Verfrähdungsbekleidung 40 Pf., zusammen also 1 Pf. Ebenso verhält es sich mit dem Wannsee-Freibad. Es erweckt den Eindruck, als sollten die Freibäder zu einer indirekten Steuerquelle herangezogen werden, zumal der Ansehensstand eines Freibades weit geringer ist als der einer städtischen Badeanstalt, diese aber nur eine Benutzungsgeld von 70 Pf. erheben.

Die Bauarbeiten an der Reichs-Eisenbahn in der Friedrichstraße zwischen der Straße Unter den Linden und der Doroteenstraße sind nunmehr wieder in vollem Umfang aufgenommen worden. Bei der Stilllegung des Baubetriebes, die aus Mangel an Baustoffen erfolgen mußte, waren die Sektorenbau- und die Tunnelstollen größtenteils fertiggestellt, so daß es sich nur noch um die Herstellung der Tunnelböden handelt, die in kurzer Zeit beendet sein wird. Die zuletzt gesperrte Friedrichstraße kann dann in diesem Teile wieder für den Verkehr freigegeben werden. — Gleichzeitig sind auch die Arbeiten am dritten Querschnitt des Spreekanals gefördert worden, wo man zurzeit die südlichen Land- und Strompfeiler zur Herstellung der Wehrmauer sprengt.

Eine „Extraportion Sped“ versprach eine gemeingefährliche Schwärmerin in einer 72 Jahre alten Witwe Komodt vom Rottbuscher Damm 100. Bei der Verurteilung erschien eine 22-35 Jahre alte Frau, die unter der Vorpiegelung, daß sie vom Magistrat komme. Die alte Dame sollte eine „Extraportion Sped“ erhalten, Frau Komodt war über diese Mitteilung sehr erregt und knüpfte mit der Besucherin eine Unterhaltung an. Im Verlaufe dieser sog die Besucherin ihr Taschenuhr und hielt es der alten Frau mit dem Vermerken, der Geruch sei gut für die Kerben, unter die Nase. Die Greisin aber war bald betäubt und verlor das Bewußtsein. Als sie nach ganz kurzer Zeit wieder zu sich kam, sah sie die Besucherin noch gerade eiligt zur Tür hinausgehen. Erst nachträglich erwiderte die Greisin, daß der Besuch ihr 110 Pf. und sämtliche Lebensmittelfaktoren aus dem Küchenspinde gekostet hätten.

Ein Raubüberfall auf der Landstraße wurde bei Buchholz verübt. Die Internationalsche Erner, Nieder-Schönhausen, hatte dort einige Wäulen in den Reichsanlagen auszuführen. Zu der Rohmaterialabgabe sollte der Angestellte Alfred Andor 6000 Pf. nach der Baustelle überbringen. In der Höhe des Beweinendebots wurde der junge Mann von zwei Unbekannten angehalten, gefesselt und der Raubfahrt nicht den Wertieren von sechs gut Entlassung kommenden Arbeitern beraubt. Von den Tätern fehlt zurzeit noch jede Spur. In Frage kommen zwei Wäulen im Alter von 24 bis 30 Jahren, die nach der Tat durch die Regenfelder Hüften und von Unbekannten gefangen wurden. Zweckdienliche Angaben werden vom Amtsvorstand zu Buchholz entgegengenommen.

Das Graben von Präkursorien ist laut Anordnung des Kreisaußwärtigen des Reiches Tellow bis auf weiteres verboten. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Kommunalverbandes Tellow zulässig.

Den pensionierten Beamten deutscher Abstammung in Ostpreußen, die durch die Partentwertung in eine große Notlage geraten sind, werden, wie uns vom Reichsversicherungsamt mitgeteilt worden, Beihilfen mit Wirkung vom 1. Februar 1920 bis zum Ablauf des Monats gewährt, in welchem der Empfangsberechtigte seinen Umzug nach Deutschland bewirkt, längstens jedoch bis

zum 31. Juli 1920. Außerdem sollen den Pensionären die in Deutschland gewährten Teuerungszulagen und Kriegszulagen nachgezahlt werden. Die Zahlungen sind bald zu erwarten.

Eine gewissenlose Fälschung. Ein Kaufmann Thaler aus der Jakobikirchstraße verbrachte ein Flugblatt, in dem unsere Mitglieder und „Vorwärts“-Leser aufgefordert werden, sich nicht „von Juden und ihren Genossen an der Nase herumzuführen zu lassen und sich von dem jüdischen Einfluß frei zu machen“. Solange geschäftlich gegen diesen verheerenden Angriff nicht aufgetreten wird, liege sich wenig dazu sagen, wenn Herr Thaler nicht die Unberücksichtigung dieses Flugblatts mit: „Einige denkende Genossen“ zu unterzeichnen. Damit soll der Eindruck erweckt werden, als wenn Mitglieder unserer Partei die Herausgeber sind. Auch scheint sich der Herr nicht, Zeitungsfrauen, die unser Blatt ausfragen, zu bestechen, um so zu erreichen, daß sein Flugblatt in die Hände der S. P. D.-Anhänger kommt.

Das nächste Städtische Volkstheater des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Vogel findet heute in der Philharmonie, Bernburger Straße 22/23, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1 Pf. Kassenöffnung 7 Uhr.

Eine „Tajikische Freierunde“ hält heute abend 10 Uhr der sozialistische Partier Bleier in der Laube des Kaiserin-Augusta-Gymnasiums, Charlottenburg, Gowerstr. 36, ab. Eintritt frei.

Konwales. Gemeindevorstellung. Bei der Beratung des Gemeindevorstandes über den Voranschlag des Räumungsverkaufs der bedeutenden Korbwarenhandlung durch Steigerung der Gehälter, Mehraufgaben für Materialisten, Papier usw. hin. Durch die neuen Reichsteuergesetze sind der Gemeinde bedeutende Einnahmeverluste, die Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer, verschlossen. Die Ueberweisungen aus der Reichs-

Allgemeine Funktionärkonferenz der S. P. D.

am Freitag, den 25. Juni, abends 6 Uhr, im Pakenhofer-Ausgang (Vordrauer), Rübischtr. 2/3.

Tagesordnung:

Die neue Regierung und unsere Partei.

Referenten: Eduard Bernstein und Hugo Heimann.

Die Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Angestellten und Beamtenvertreter werden ersucht, vollständig anwesend zu sein. Mitgliedsbuch und Ausweiskarte legitimiert.

Achtung, Genossinnen!

Wichtige Konferenz der Berliner Funktionärinnen am Sonnabend, den 26., nachm. 5 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, links, 3 Treppen.

Das Ergebnis der Wahlen und unsere weitere Arbeit. Referentin: Genossin Bohm-Schuch, R. d. R.

Der Bezirksvorstand.

kommensteuer betragen für unsere Gemeinde zusätzlich ein Zuschlag von 25 Proz. auf das Steuerertrögen des abgelaufenen Jahres 2 750 000 Pf., während die Gesamtaufgaben auf 6 110 700 Pf. veranschlagt sind. Es ist mithin eine Steigerung gegen das Vorjahr um 4 Mill. Pf. eingetret. Der Gesamtetat schließt mit 8 110 700 Pf. ab. Die Aufnahme einer Anleihe von 2 Mill. Pf. wird beantragt. Gemeindevorstandesrat (Dem.) erwidert, daß unsere Finanzen angespannt aber gesund seien. Während des ganzen Krieges sei keine Anleihe aufgenommen, sondern erst nach dem Kriege 1 500 000 Pf. Er begrüßt die Reichseinkommensteuer, die es verhindert, daß in einigen Orten Zuschläge von 30 Proz. bestehen, während andere geringeren sind, 300 Proz. zu nehmen. Es müsse eine Siedlungspolitik getrieben werden, da die großen Industriestädte die Arbeiter nicht mehr ernähren können. Die größten Ausgaben der Gemeinde wären Schulen, Löhne und Gehälter. Die Einnahme aus dem Beitrag mit der Gangesellschaft bringe der Gemeinde 200 000 Pf. ein. Bei der Anleihe für die Siedlung habe wir keinen Pfennig zugezogen (ein Gewährspruch von Millionen). Gemeindevorstandesrat (Soz.) begrüßt die Anstellung eines kommunalarztbes. sonst läßt die Wohlfahrtskommission nach viel zu wünschen übrig. Ein Antrag Akropolis auf eine bloß-Annahme des Staats fand Annahme. — Zur Neuregelung der Besoldung der Lehrer an der Fortbildungsschule und der Gemeindebeamten wird die grundsätzliche Annahme beschlossen, jedoch die Eingruppierung dem Finanzamt überlassen. — Ein Besuch am Gewährung einer außerordentlichen Beihilfe an die Volkshochschulen wird in der Besoldung des Unterstaatssekretärs angenommen, während ein weitergehender Antrag abgelehnt wurde mit der Begründung, daß keine Deckung vorhanden sei, man auch den Lehrern nicht 100 000 Pf. geben könne, während die Arbeitslosen bittere Not leiden. — Zur Anstellung einer zweiten Hilfslehrerin werden die Mittel bereitgestellt. — Ueber die Art der Verwendung der Siedlungsgelder wird mit 14 gegen 17 Stimmen der Beschluß gefaßt, erst zu vermieten und später auf Wunsch von Bauern zu verkaufen. Die Fraktion der U. S. P. stellte sich auf den Standpunkt, daß das Eigentum an Grund und Boden abgeschafft werden müsse, um die Arbeiter nicht daran zu binden. — Beschlossen wurde der Ankauf des Immobilienbesitzes unter der Voraussetzung, daß das Pachtverhältnis mit der Propä auf die Gemeinde übertragen wird. — Einem Dringlichkeitsantrag der U. S. P., die Publikationen in der „Völkischer Tageszeitung“ aufzugeben, wird zugestimmt.

Wirtschaft

Nur Arbeit kann uns retten!

Wenn einst die Wirtschaftsgeschichte unserer Zeit geschrieben wird, dann wird wohl sicher hellagend festgestellt werden, daß man zwar die Ratten mit der Aufschrift: „Nur Arbeit kann uns retten“ befehle, aber sich unabhängig erwies, in der kapitalistischen Anarchie die Mittel zu finden, um einer halben Million, ja vielleicht bald der doppelten Zahl arbeitswilliger Arbeitslosen zu schaffen. In einer Zeit des größten Warenhungers, in einer Zeit, in der mehr als 120 Milliarden Geldmarkt in Waren gefordert werden zur Tilgung der Kriegsschuld, zahlt das deutsche Volk bei einer inneren Verschuldung von 335 Milliarden Pf. täglich an Hunderttausenden Erwerbslosenunterstützung. Genügt diese Tatsache nicht, um zu erkennen, daß das Wirtschaftssystem, das unsere heutige Wirtschaft beherrscht, falsch ist, daß das Privatunternehmertum das arbeitgebende Unternehmertum, das heute entscheidet, ob und was produziert wird, einer gemeinwirtschaftlichen Oberleitung unterstellt werden muß, soweit es aus technischen und wirtschaftlichen Gründen vorerst nicht entbehrt werden kann?

In dem von Rudolf Wissell aufgestellten Plan für den Wiederaufbau war ein Milliardenfond als Kreditquelle vorgesehen, um dort die Produktion zu ermöglichen, wo das Wirtschaftskapital fehlte. Privater Kredit ist an die Stelle des Reichskredits getreten, Milliarden Papiergewinne sind erzielt worden, unerläßliche übersteuerte Waren lagen auf Vorrat und

dem Volk fehlt es an Hemden und Westfalten, an Schuhen und Kleidern. Die Produzenten und Händler haben unerhörte Gewinne erzielt, die eine schlecht funktionierende Steuerverwaltung nicht hat erfassen können.

Der Ausgang der Wahlen hat gezeigt, daß weite Kreise des Bürgertums und auch der Arbeiterschaft mangels wirtschaftlicher Schulung und Erkenntnis nicht sehen, daß die Ursache unserer großen Not darin liegt, daß man eben unter völlig veränderten ökonomischen Verhältnissen auch zu einem anderen, diesen Veränderungen entsprechenden Wirtschaftssystem kommen muß. Weil sich diese Tatsache offenbart hat, ist es richtig und notwendig, die wirtschaftliche Leitung in die Hände derjenigen ausschließlich zu legen, die nicht glauben wollen, daß es so nicht gehen kann.

Vielleicht kommen wir so schneller zum Ziel, d. h. zu der Erkenntnis in den Kreisen der Vertreter der freien kapitalistischen Wirtschaft, daß ohne planmäßige Wirtschaftsführung die deutsche Wirtschaft dem Untergang geweiht ist. Die Angehörigen des Kleinhandels, die aus Furcht vor Kommunalisierungen den bürgerlichen Parteien die Stimme gegeben haben, werden auch zu der Erkenntnis kommen, daß ihre Einkaufkraft in einem Verteilungsorganismus nicht nur der Volksgemeinschaft, sondern ihnen selbst zum Ruhen gereicht und sie selbst sich am schwersten geschädigt haben durch ihr Eintreten für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Anarchie.

Nur die Arbeit kann uns retten, denn Ware, die erzeugt wird, ist Obst. Die deutschen Arbeiter wollen arbeiten, aber sie wollen wissen, wofür, nicht nur für die Erhaltung des eigenen Lebens, sondern für eine bessere Zukunft. Heute arbeitet der deutsche Arbeiter für die Erzeugung von papierernen Milliardengewinnen, die einen unerhörten Luxus für eine kleine Schicht gestatten und auch die bürgerliche Intelligenz, die nichts als ihre geistige Arbeitskraft hat, der Verelendung ausliefert. Die Vertreter der freien Wirtschaft, die das Schiff steuern wollen, mögen schnellstens dafür sorgen, daß das private Kapital zur Arbeitsbeschaffung dienlich gemacht wird, sonst dürfte das Schiff auf Grund geraten. —ast.

Versteigerung der Kriegsmetall-W. Wir verweisen auf die im Inseratenteil dieses Blattes erschienene Veröffentlichung der W. W. über den 6. Submittion. Auch diesmal handelt es sich, wie bei den früheren Submittionen, hauptsächlich um unangenehm bzw. Abfallmetalle, jedoch enthalten diesmal eine Anzahl Positionen auch Materialien, die besonders für Selbstverbraucher (Weiterverarbeiter) von Interesse sein dürften, beispielsweise Messingplatten, Stanzungen, Aluminiumblech u. dgl.

Berichtszeitung.

Millionenprovisionen bei einer Kriegsgesellschaft.

Die Millionenprovisionen des Profuristen Hans Plate von der Reichsstelle für Gemüse und Obst bilden den Ausgangspunkt einer Klage wegen unzulässiger Wettbewerbs, die den Direktor der Versicherungsgesellschaft „Allianz“, Herrn Grumbt, vor die 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Weigert führt. Der Verein gegen das Besetzungswesen hatte durch seinen Generalsekretär Dr. Rohle den Antrag gestellt, der sich auch auf den Profuristen Plate erstreckte. Das Verfahren gegen den letzteren ist aber eingestellt worden, weil auf ihn als Kriegsgeschädigten die Immunität Anwendung fand.

Plate war bis Ende August 1918 Profurist des Reichsstelle für Gemüse und Obst. Er war dort zunächst bei der Kasse und Quotientenrechner beschäftigt und wurde später Profurist. Er war gleichzeitig Agent der Versicherungsanstalt „Allianz“. Als das Tätigkeitsfeld der Reichsstelle einen immer größeren Umfang annahm und die Versicherung der Transporte in richtigem Umfang geregelt werden mußte, vermittelte Plate, der ja Profurist war, diese Versicherungen zwischen der Reichsstelle und der „Allianz“; es wurde auch bei anderen Versicherungsgesellschaften seitens der Verwaltung angefragt, doch wurden die umfangreichen Transportversicherungen zunächst nur der „Allianz“ zugewiesen. Diese gewährte Herrn Plate dafür für sich persönlich eine Provision von 15 Proz. Dieser Sach wurde später ermäßigt. Plate erhielt im Laufe der Jahre von der „Allianz“ im ganzen 1 1/2 Millionen Mark Provision. Im Laufe der Zeit ist dann die Reichsstelle bei dem Gewinn der „Allianz“ beteiligt worden. — In dieser Transaktion des Plate in seiner Stellung als Angestellter der Reichsstelle erblickte der Verein gegen das Besetzungswesen die Gewährung resp. Annahme von Besetzungsgeldern im Sinne des § 12 des Wettbewerbsgesetzes. Die Reichsstelle, so wurde ausgeführt, sei keine Behörde, sondern nur ein geschäftlicher Betrieb in Form einer G. m. b. H. „Allianz“ habe nicht objektiv verfahren, sondern aus Gewinnsucht die „Allianz“ bezogen und sich damit unzulässig gegen die Wettbewerber der „Allianz“ verhalten. In der Verhandlung, in der auch mehrere Sachverständige vernommen wurden, kam zur Sprache, daß Plate dem Angeklagten aus seiner Millionenprovision den Betrag von 140 000 Mark zurückerstattet hatte. — Staatsanwalt Schott meinte, daß die zur Sprache gebrachten Beträge ein bedeutendes Maß auf die Zustände bei manchen Versicherungsgesellschaften wiesen, die so in der Notlage waren, Personen zu beschäftigen, die noch eine andere geschäftliche Stellung innehaten. Das Verhalten des Angeklagten und Plates sei nicht einwandfrei, ebenso hätte die Leitung der Reichsstelle, die die Interessen des Staates wahrzunehmen hatte, ganz besonders vorsichtig sein müssen, wie ja auch der Zeuge Direktor Rohmann zugegeben habe, daß er eingegriffen hätte, wenn er die ganze Tragweite der Geschäfte des Herrn Plate übersehen hätte. Der Angeklagte Grumbt habe sich auch strafbar gemacht. Im ganzen sei er aber bedeutend weniger belastet als Plate.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 2000 Pf. Geldstrafe eventuell 300 Tage Gefängnis.

Aus aller Welt.

Ein Schönheitshstitut. Als ein Schmuckstück allerersten Ranges entpuppte sich das Institut für Schönheitspflege der Frau Jäger in Frankfurt a. M., Friedenstr. 6. Zahlreiche junge Mädchen im Alter von 14-16 Jahren fanden hier, von reichen Mänteln, Adligen, Rechtsanwältin, Altschulen, Gerichtsbeamten, Kaufleuten usw. systematisch verführt, ihren moralischen Untergang. Zu den Gästen des Instituts, das Tageseinnahmen von über 1000 Pf. erzielte, gehörten außer den jungen Mädchen auch Krankenschwestern und junge Frauen. Die Sittenpolizei machte jetzt mit harter Hand dem Schönheitshstitut ein Ende. Die Schmuckaffäre zieht, da der Polizei die Liste der Besucher in die Hände gefallen ist, weiteste Kreise nach sich.

Ein Kellnerflugzeug abgeknipst. Wie aus Vents in Holland gemeldet wird, fliegte ein Ringflugzeug, das Kellnerflugzeug, auf das Dach eines Hauses ab. Die Insassen, zwei Herren und eine Dame, wurden getötet. Das Flugzeug ist vollständig verbrannt.

Große Waldbrände in Skandinavien. Christiania, 22. Juni. (Z. N.) Die schwedischen wie die norwegischen Wälder werden ausweit von großen Bränden heimgesucht, die durch Funken der Lokomotiven, die zum größten Teil mit Holz gefeuert werden müssen, entstehen. In Schweden wüten die Brände besonders in Norrland, aber auch in Mittelschweden sind weite Ge-

Große Preisermäßigungen in Schuhwaren

bei der städt. Bekleidungsstelle in Neukölln, Bergstr. 29

Damenstiefel

moderne Fassons, extra gute
Roßchevreau- u. Rindledersorten
106,- Mark

Herrenstiefel

gediegene Arbeit
115,- Mark
In Rindbox, kurze moderné Form

Kinderstiefel

bequeme Form, dauerhafte
Qualität
44,- Mark

Opernhaus. Siegfried.
Anfang 8 Uhr.

Schauspielhaus. Othello.
Anfang 7 Uhr.

Deutsches Theater. Taifun.
Ab Sonnabend: Gastspiel

Maria Orska
Weiß und Hempelmann

Kammerspiele. Leibgardist
(Alfred Abel, Käthe Dorsch).

Theater des Westens. Max Pallenberg
7 1/2 Uhr: Goldene Ritterzeit.

Kleines Schauspielhaus. Fasanenstr. 1 (Nähe Bhl. Zoo).
Gastspiel Werbezirk.

7 1/2 Uhr: Moral d. Frau Dulzka.

Großes Schauspielhaus. 7: Julius César (12. Abt., 4. Ad.).
Do. 8: Lysistrata (24. Abt., 4. A.)

Theater i. d. Königgrätzer Straße. Geständnis

Komödienhaus. 8: D. Reise in die Mädchenzeit.

Berliner Theater. 8 1/2 Uhr: Der letzte Walzer

Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: Boccaccio.
Die Tribüne

8 Uhr: Bunbury.

Friedr.-Wilhelmst. Th. 7 1/2 Uhr: Evchen Hühnrecht.
Kleines Theater.

Die Pfarrhauskomödie
Komische Oper

7 15 Uhr: Die Frau im Dunkeln
Lustspielhaus

Der ungeheure Ekkehart
Metropol-Theater.

Im weißen Röss'l
Neues Central-Theater

Ein seltsamer Fall
Neues Operettenhaus

Neues Operettenhaus. 7 1/2 Uhr: Prinzessin Friedl.
Neues Volkstheater

Die 3 Zwillinge
Schauburg

Königgrätzer Str. 121. 7 1/2 Uhr: Otto Härtling in
Eine nette Bekanntschaft.

Schiller-Theat. Charl. 7 1/2 Uhr: Der Vielgeprüfte.

Thalia-Theater. Ihre Hoheit die Tänzerin
Th. am Nollendorfplatz

8 1/2 Uhr: Eine Nacht im Paradies.
Theater i. d. All. Jakobstr.

Die verschwundene Pauline.
Wallner-Theater

7 15 Uhr: Der Lieg. Holländer
Walhalla-Theater.

7 1/2 Uhr: Kasernenluft.

Volkshöhne
Theater am Bülowplatz.
7 1/2: Der Richter von Zalamea.

Lessing-Theater. Sommerspielzeit
Allabendlich 8 Uhr:

Leopoldine Konstantin
In D. Glas d. Jungfrau

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:

Die bessere Hälfte
mit Max Adalbert.

Trion-Theater. Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich 8 Uhr:

Maskerade.
Friedr.-Wilhelmst. Theater

7 1/2 Uhr: Evchen Hühnrecht.
Der große Erfolg.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr:
Schwarzwaldmädel

Residenz-Theater. Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich 7 1/2 Uhr:

Die Raschoffs
Paul Wegener. Opern-Limb. Burgin

Theater Folies Caprice
Friedrich-Ecke Linienstr.

7 1/2 Uhr: Flimmer-Klärchen
Musikalischer Schwank.

Admirals-Palast. 7 1/2 U: Filz in St. Moritz.

Apollo. 7 1/2 Theater 7 1/2.
Direkt. James Klein.

Letzte Tage! Natura-

Ballett
Historisch-phantastisch.

Variété-Gastspiel
Franz Groß

8 Theater d. Westens
8 weit. Sensationen

METROPOL KABARETT
Bismarckstr. 53-54

Allabendlich 7 Uhr:

2 Lorleys
Dr. Benno Wünsch

Ciselatus
Rosel Dehny

Martin Loewe
Annie Trautner

2 Kajanows

Mimi Brix Gust. Werner
in Coco u. Coca

Reeves u. Reeves
Am Flügel: E. Hentschel.

Kapelle Mundi Neumann.

Sommer-Theater „Groß-Berlin“
vorm. Klem. Hasenheide.

Begrüßungsfester für die heimgekehrten Kriegsgefangenen

in der Philharmonie, Bernburger Straße 22, 23

1. Donnerstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr
2. Sonnabend, den 26. Juni, abends 7 Uhr

Mitwirkende Künstler: 7000
Lillian v. Granfeldt, Malaida Salvatini, Josef Mann,
Hermann Böttcher, Johannes Riemann, Curt Vogel, Ballet-
schule Marie Zimmermann, Philharmonisches Orchester

Jeder Berliner Kriegsgefangene erhält 2 Freistarten
und 1 Quartett für Zigaretten und Zigaretten bei der
Kriegsgefangenenheimkehr. Berlin, Schloßplatz 1-3.

Theater a. Kottbus-Str.
Tel. Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:

Elite-Sänger.
Horst, Ruselt,
R. Schrader, Riess,
Schubert usw.
Blüthen-Konzert.
Vorvk. 11-14, 4-6 U.

Reichshall-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Stett. Sänger.

Variété
Döhnholt-Brett.
Garten u. Saal.
Anf. 6 1/2, Sonnt. 7

Variété-Café Moritzplatz

Oranienstr. 53-55 Dir. R. Korant
Künst. Leit. Hellmuth Bernsdorf. Orchest. Georg Wöhler
Das große Weltstadt-Programm!

Harry Malten Bruno & Trud Gebr. Schäffer
und das große Variété-Programm!

Jeden 1. und 15. Programmwechsel.
4 1/2-7: Tanz-Vorführungen

3 Neuhäuser-Billards Likörstube

Dr. med. Holländer,
Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Blasenleiden
ohne Quecksilber, ohne Berufsstörung,
Blutuntersuchung.

Aufkl. Broschüre Nr. 10, diskret verschlossen Mk. 2.50.
Berlin W 8, Leipziger Straße 108 II.
Täglich 11-1, 5-7, Sonntags 11-1. 187/4*

Deutscher Bauarbeiter-Verein

Berlin = Sektion der Bauarbeiter.
Donnerstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, im Rothenburger Hof,
Rothenburger Straße 11/12

Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zur Auslegung des
Schiedspruchs vom 21. Mai durch die Untereinst. 2. Dis-
kussion. 3. Wie führen wir unseren Tarifvertrag im Tiefbau
durch? 4. Verchiedenes. 143/16

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller
Mitglieder zu erscheinen. Die Sektionsleitung.

Jeder Eisenbahner liest!!

zur Förderung seiner beruflichen Kenntnisse die
amtl. iche, von den höchsten Stellen im Eisen-
bahnwesen empfohlene Hochschulzeitung

Mitteilungen der Fach- und Freien Hochschulen für Eisenbahner.

Interessante Artikel. Lehrreiche Abhandlungen,
Konkurrenzlose Fachzeitung.

Aus dem Inhalt: Demokratisierung im Eisenbahn-
wesen. — Die Entwicklung der Siemenswerke. — Neuerungen
im Signalwesen. — Lokomotivkessel mit Ueberhitzer. —
Wasserstandsanzeiger. — Elektrisches Schweißen im Eisen-
bahnerbau. — Der Luftdruck, das Barometer. — Die
Verwendung von Flußeisernen Lokomotiv-Feuerbüchsen. —
Gleichförmige Bewegung, Beharrungsgesetz, freier Fall,
Kraft, Masse und Dichte.

Bezugspreis direkt vom Verlag unter Kreuzband 4 M
pro Vierteljahr, durch die Post 3 M, zuzügl. 30 Pf. Bestellg.
Für Vereine billiger. — Probenummern kostenlos.

Anerkannt vorzügliches, wirkungsvolles Insertionsorgan
Inserate in den „Mitteilungen“ haben nachweisbar den
größten Erfolg; die Leserschaft setzt sich nachweisbar aus
sämtlichen Eisenbahndirektionen, Ämtern, Verbänden und
über 12.000 Hörern der Fachhochschulen zusammen, die
kaufkräftige Klasse der Eisenbahner verbürgt einen solchen
Vorzug.

Berlin SW 11/150,
Verlag A. Wesemann, Königgrätzer Straße 109
Telephon: Kurfürst 4015. Drahtanschrift: Diwanwo

V. Submission.

Die Kriegsmetall Aktiengesellschaft in Liquidation
Berlin W. 9, Potsdamer Straße 10-11,
verkauft auf dem Submissionswege
nur für Verwendung im Zollinlande

Positionen 1-56, lagernd auf dem Lager der Kriegsmetall
Aktiengesellschaft in Hamburg.
(Anmeldung zur Befähigung Dozentst. 20.)

a) Positionen 1-56, lagernd auf dem Lager Zandweg:
I. Ungängige bzw. Abfallmaterialien.

1. ca. 2500 kg alte verginnte Kupferdrähte
2. 10000 unregelmäßige Kupferdrähte
3. 7000 unregelmäßige Kupferdrähte
4. 15000 alte Drahtstücke
5. 15000 unregelmäßige Kupferdrähte
6. 50000 lauterhülliger Kupfer
7. 50000 lauterhülliger Kupfer
8. 7000 beschädigte Kupfer u. Messingdrähte
9. 20000 unregelmäßige Kupferdrähte
10. 50000 Messingdrähte
11. 5000 Messingdrähte
12. 3000 unregelmäßige Kupfer u. Messingdrähte
13. 25000 Eisen mit Messing u. Kupfer behaftet
14. 25000 gemischte Kupfer, Zinn- und Stahl-
materialien, unregelmäßig
15. 13000 unregelmäßige Kupferdrähte
16. 2000 unregelmäßige Kupfer- u. Messingdrähte
17. 25000 unregelmäßige Kupferdrähte
18. 50000 unregelmäßige Kupferdrähte
19. 50000 unregelmäßige Kupferdrähte
20. 50000 unregelmäßige Kupferdrähte
21. 50000 unregelmäßige Kupferdrähte
22. 50000 unregelmäßige Kupferdrähte
23. 50000 unregelmäßige Kupferdrähte
24. 15000 unregelmäßige Kupferdrähte
25. 5000 unregelmäßige Kupferdrähte
26. 12000 unregelmäßige Kupferdrähte
27. 12000 unregelmäßige Kupferdrähte
28. 8000 unregelmäßige Kupferdrähte
29. 8000 unregelmäßige Kupferdrähte
30. 2000 alte Aluminium-Teile
31. 4000 unregelmäßige Aluminium-
Teile
32. 3000 unregelmäßige Aluminium-
Teile
33. 500 unregelmäßige Aluminium-
Teile

b) Positionen 57-102, lagernd auf dem Lager der Kriegsmetall
Aktiengesellschaft in Leipzig.
(Anmeldung zur Befähigung Dozentst. 20.)

57. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
58. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
59. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
60. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
61. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
62. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
63. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
64. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
65. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
66. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
67. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
68. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
69. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
70. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
71. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
72. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
73. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
74. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
75. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
76. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
77. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
78. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
79. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
80. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
81. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
82. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
83. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
84. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
85. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
86. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
87. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
88. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
89. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte
90. ca. 50000 kg unregelmäßige Kupferdrähte

II. Für Selbstverarbeiter, teilweise und ohne Gewähr
verwendbare Materialien.

91. ca. 4000 kg Kupfer-Druckbleche
92. ca. 8000 Kupfer-Druckbleche
93. ca. 20000 Kupfer-Druckbleche
94. ca. 20000 Kupfer-Druckbleche
95. ca. 20000 Kupfer-Druckbleche
96. ca. 20000 Kupfer-Druckbleche
97. ca. 20000 Kupfer-Druckbleche
98. ca. 20000 Kupfer-Druckbleche
99. ca. 20000 Kupfer-Druckbleche
100. ca. 20000 Kupfer-Druckbleche
101. ca. 20000 Kupfer-Druckbleche
102. ca. 20000 Kupfer-Druckbleche

c) Positionen 103-107, lagernd auf dem Lager der Kriegsmetall
Aktiengesellschaft in Leipzig.
(Anmeldung zur Befähigung Dozentst. 20.)

103. ca. 5000 kg Kupfer-Druckbleche
104. ca. 5000 kg Kupfer-Druckbleche
105. ca. 5000 kg Kupfer-Druckbleche
106. ca. 5000 kg Kupfer-Druckbleche
107. ca. 5000 kg Kupfer-Druckbleche

II. Für Selbstverarbeiter, teilweise und ohne Gewähr
verwendbare Materialien.

91. ca. 18000 kg Messingdruckbleche ca. 5-16 mm
Durchmesser
92. ca. 15000 Messingdruckbleche ca. 10-37 mm
Durchmesser
93. ca. 18000 Messingdruckbleche ca. 14-20 mm
Durchmesser
94. ca. 15000 Messingdruckbleche ca. 20 mm Durchm.
95. ca. 15000 Messingdruckbleche ca. 30-40 mm
Durchmesser
96. ca. 15000 Messingdruckbleche ca. 35 mm Durchm.
97. ca. 20000 Messingdruckbleche ca. 40 mm Durchm.
98. ca. 15000 Messingdruckbleche ca. 30-105 mm
Durchmesser
99. ca. 15000 Messingdruckbleche ca. 25 bis
65 mm Durchmesser
100. ca. 14000 Messingdruckbleche ca. 25 bis
65 mm Durchmesser
101. ca. 12000 Messingdruckbleche ca. 25 bis
65 mm Durchmesser
102. ca. 2000 Messingdruckbleche ca. 25 bis
65 mm Durchmesser

c) Positionen 108-107, lagernd auf dem Lager der Kriegsmetall
Aktiengesellschaft in Leipzig.
(Anmeldung zur Befähigung Dozentst. 20.)

108. ca. 100000 kg Kupfer-Druckbleche
109. ca. 200000 Kupfer-Druckbleche
110. ca. 200000 Kupfer-Druckbleche
111. ca. 200000 Kupfer-Druckbleche
112. ca. 200000 Kupfer-Druckbleche
113. ca. 200000 Kupfer-Druckbleche
114. ca. 200000 Kupfer-Druckbleche
115. ca. 200000 Kupfer-Druckbleche
116. ca. 200000 Kupfer-Druckbleche
117. ca. 200000 Kupfer-Druckbleche

Berlin, 15. Juni 1920.

Kriegsmetall Aktiengesellschaft in Liquidation.
Dr. Seeliger, Berlin.

Ankauf Brillanten
Juwelen :: Platin :: Gold-Bruch
L. Mull, Leipziger Str. 60/1

Union-Klub, Berlin.
Annahme für Vorwetten
für Rennen in Berlin und im Reich
Schadowstraße 8 für persönliche und Postaufträge.
Kurfürstendamm 234 Neukölln, Bergstr. 43
Bayerischer Platz 9 Potsdamer Straße 23a
Oranienburger Str. 48-49 Kurfürstendamm 65
Schöneberg, Hauptstr. 9
und Theaterkassen der Firma A. Wertheim:
Leipziger Straße 126 Tauentzienstraße 12a
Rosenthaler Straße 29, 31 Nollendorfplatz 7
Moritzplatz Rathenower Straße 2
Königstraße 31, 32 Planauer 24

Annahmeschluss:
Für Berliner Rennen 3 Stunden vor Beginn des
ersten Rennens.
Für auswärtige Rennplätze abends vor dem Renntag.
Postaufträge werden
nur Schadowstraße 8
angenommen.
Ausführliche Wettbedingungen in allen Wettannahme-
stellen erhältlich.

Preuss. Staats-Klassenlotterie
214 000 Gewinne und 2 Prämien
in 5 Klassen mit rund
97 Millionen Mark
Möglicher
Eckbetrag
1 Million Mark
Ziehung der 1. Klasse: 13. und 14. Juli
Haupt-
Gewinn **100 000 Mark**
Lose: 7.30 14.60 29.20 58.40 M.
(Postgebühr u. Liste 60 Pf. besonders) Erhältlich bei den
Preuss. Lotterien-Einnehmern Groß-Berlins

Die Nöte der alten Staatsdiener.

Vom Zentralverband pensionierter deutscher Reichs-, Staats-, Gemeindebeamten und Lehrer werden wir um Abdruck folgender Zeilen gebeten:

Das Reich, Staat und Gemeinden ihren Beamten i. R. an Ruhegehalt in Zukunft zahlen wollen, ist das Existenzminimum. Nicht mehr, eher weniger. Die jetzt vor der endgültigen Nachprüfung stehenden neuen Pensionsgesetze wollen aber den vor dem 1. April 1919 pensionierten Beamten dieses Existenzminimum kürzen! Dies Minimum braucht jeder Pensionär, ob er am 1. April 1919 oder einige Monate früher in den Ruhestand getreten ist. Enthält man ihm einen Teil, hier etwa ein Viertel, vor, dann leidet er Not und verelendet. Das hat sich der Erfinder des gesetzlich unzulässigen Begriffs „Altpensionär“ nicht klar gemacht. Nahe genug freilich hätte es gelegen. Denn der Pensionär von 1918 muß für alle Lebensbedürfnisse dieselben Preise zahlen wie der von 1919. Der erstere hat gesetzlichen Anspruch auf genau dasselbe Ruhegehalt wie der letztere. Staat, Reich, Gemeinden haben ihm bei der Anstellung auf Lebenszeit außerdemliches Gehalt auf Lebenszeit dem Gesetz entsprechend zugesichert. Das ist aber, ob Gehalt oder im Alter Ruhegehalt, eben immer nur das Existenzminimum, niemals mehr.

Der Begriff „Altpensionär“, den bisher die Pensionsgesetzgebung nicht kannte, darf jetzt nicht in das Gesetz hineingetragen werden. Sonst hat auch die zurzeit noch dienst tuende Beamtenchaft später unter dieser Begriffserweiterung ebenso zu leiden wie ihre jetzigen älteren Amtsgenossen. Deshalb erheben nicht nur die gesamten Pensionäre, sondern auch alle im „Deutschen Beamtenbund“ vereinigten aktiven Beamten flammenden Protest gegen diese Vergewaltigung der alten Pensionäre. Die Mehrkosten, die dadurch entstehen, daß man allen Pensionären das ihrer Gehaltsgruppe und ihrem Dienstalter entsprechende Ruhegehalt gewährt, sind im Verhältnis zu den durch die neuen Besoldungsordnungen verursachten Kosten so geringfügig, daß sie kaum der Rede wert sind. Jedenfalls dürfen finanzielle Rücksichten niemals dazu führen, daß von der Rechtsprechung der höchsten Gerichtshöfe und in der einschlägigen Literatur als gerecht anerkannte Ansprüche unerfüllt bleiben. Und bekanntlich hat die Deutsche Reichsverfassung vom 11. August 1919 im Artikel 129 die wohlverordneten Rechte der Beamten, und damit auch die ihrer Hinterbliebenen, für unverletzlich erklärt, deren Verletzung sich nach dem Ruhegehalt des Eheannes und Vaters richtet.

Die gefährdeten Ruhestandsbeamten, Witwen und Waisen erwarten, die Landesversammlung werde beschließen, daß die Unterscheidung zwischen Alt- und Neupensionären, zwischen Alt- und Neuhinterbliebenen aus den Gesetzen verschwindet, und daß eine Verkürzung erdienter Pensionen, Witwen- und Waisengelder unter keinen Umständen stattfinden darf.

Kein Steuerabzug in Oberschlesien?

Gödingen, 22. Juni. Gewaltige Arbeitermassen aus dem Ort und dem Kreis Gödingen durchnagten Gödingen. Sie begaben sich zu der interalliierten Kommission, um gegen den zehnprozentigen Lohnabzug zur Steuerzahlung zu protestieren. Eine Abordnung wurde von dem interalliierten Kreisinspektor empfangen. Dieser teilte mit, daß die interalliierte Kommission sich bereits wegen der Außerkräftigung des Lohnabzuges mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt habe. Mittwoch sollen in Oppeln die Vertreter von General Le Rond empfangen werden, um ihre Forderungen, die u. a. Lohnsteigerungen betreffen, zu unterbreiten.

Deutschland unter Zwangsverwaltung.

Paris, 22. Juni. (Havas.) Zur Klärung der deutschen Verpflichtungen haben die Alliierten sich entschlossen, der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel die Ausgabe internationaler Anleihen zu empfehlen, für welche die Einkünfte Deutschlands als Pfand dienen sollen. Der Vorschlag der in die Hände der Alliierten übergehenden Anleihen soll gewährleistet werden. Wenn Deutschland bei Ausführung des Friedensvertrages bösen Willen zeige, könnten Zwangsmaßnahmen, die bis zur Besetzung deutschen Gebietes führen könnten, angewandt werden. Ueber die Verteilung der deutschen Zahlungen sei Endgültiges noch nicht beschlossen.

Aber auch Italien meldet sich kräftig. Der diesjährige Bericht im „Echo de Paris“, auf Italiens Forderung nach einer 20prozentigen Verzinsung an den Zahlungen Deutschlands habe man geantwortet, daß die an sich wohl berechtigten Forderungen aus dem Friedensvertrage nicht abgeleitet werden können; man dürfe den Vertrag nicht von Grund auf umstürzen. Graf Sforza entgegnete, daß Italien 30 Milliarden Militärpensionen zu zahlen habe. Man erwiderte ihm mit dem Hinweis auf Italiens Anzweiflung, die mit der Wiedererlangung von Sisak, Vojvodina gar nicht verglichen werden könnten, weil Frankreich nur ehemaliges Eigentum wiedergewonnen habe.

In der Wiedergutmachungsfrage beschloß die Konferenz grundsätzlich, für die Gesamtschädigung einen Höchstbetrag festzusetzen, der in jährlichen Teilzahlungen von mindestens 3 Milliarden Goldmark zu erstatten ist. Wenn Deutschlands Wohlstand eine Abmilderung zulasse, so werden die Jahreszahlungen, nicht aber der Gesamtbetrag erhöht werden.

Der sozialistische Londoner „Daily Herald“ betont die Zwecklosigkeit aller Beschlüsse, aus Deutschlands und Rußlands Elendskämpfen Milliarden über Milliarden herauszuholen zu wollen.

200 000 oder 100 000?

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Einschließlich der Truppen in der neutralen Zone betrug die Heeresstärke am 5. Mai 218 000 Mann, am 31. Mai 200 000 Mann. Da die Konferenz in Spa über den Antrag der deutschen Regierung, dauernd ein 200 000-Mann-Heer halten zu dürfen, entschieden soll, die Herabminderung des Heeres auf 100 000 Mann aber nach dem Friedensvertrage bereits am 10. Juni durchgeführt sein sollte, während die Konferenz auf den 5. Juli oder noch weiter verschoben wird, hat die Reichsregierung am 8. Juni eine Verlängerung der Frist beantragt.

Paris, 22. Juni. (Havas.) Wie der Berichterstatter der „Information“ aus Vologna mitteilt, ist die Frist für die Entlassung Deutschlands über den 10. Juli hinaus verlängert worden, weil es bis zu diesem Tage durchaus unmöglich sei, das gesamte Kriegsmaterial zu zerstören.

Paris, 22. Juni. (Havas.) Die französische Delegation ist um 4 Uhr nach Paris zurückgekehrt. Ministerpräsident Millerand erklärte den Vertretern der Pariser Presse, man habe einstimmig beschlossen, daß der effektive Bestand des deutschen Heeres auf 100 000 Mann zurückgeführt werden soll.

Württembergs Rechtschwenkung.

Stuttgart, 22. Juni. S. T. B. Der neue Landtag wählte mit 57 von 99 abgegebenen Stimmen den Zentrumsabgeordneten Walter von Landtagspräsidenten. Zum 1. Vizepräsidenten wurde Abg. Dr. Rot (Bauernbund) mit 78 Stimmen und zum 2. Vizepräsidenten Abg. Keil (Soz.) mit 88 Stimmen gewählt. Die Wahl des Staatspräsidenten findet Mittwoch statt.

Proporzwahl der Regierung

Wien, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der Besprechung der Parteien machte namens der Sozialdemokraten Dr. Friedrich Adler den Vorschlag, es sei vom Hauptauschuß an die Nationalversammlung in folgendem Sinne zu berichten und ein Antrag zu stellen:

Die Bildung einer Mehrheit, die bereit wäre, die Regierung zu übernehmen, hat sich als unmöglich erwiesen; sie würde die Koalition aller Parteien voraussetzen — eine Koalition mit einer oder der anderen Partei hat aber jede der drei Parteien abgelehnt. Der Hauptauschuß ist somit nicht in der Lage, der Nationalversammlung ein Kabinett vorzuschlagen. Dieser Fall ist nun in der provisorischen Verfassung nicht vorgesehen. Die Verfassungslücke muß ausgefüllt werden. Dazu sind zwei Maßnahmen erforderlich: erstens sofortige Ausschreibung der Neuwahlen, zweitens Bildung eines Übergangskabinetts zur Fortführung der Geschäfte bis zu den Neuwahlen, das auf Grund eines anderen Verfahrens zustande kommt.

Unter den hierfür bestehenden Möglichkeiten ist die Schaffung eines Proporzabinetts, welches aus Proporzwahl durch die Nationalversammlung hervorgeht, die einfachste. Die Bildung der Regierung würde in der Form der Listenwahl durch die Nationalversammlung erfolgen.

Durch den Vorschlag der Sozialdemokraten würden zwei Schwierigkeiten, die aufgetaucht sind, überwunden:

Erstens: Jede Partei ist in der Auswahl der Personen, die sie in das Kabinett entsenden will, frei, ein Einspruchsrecht anderer Parteien entfällt. Zweitens: Keine Partei ist gezwungen, die ihr nicht genehmen Vertreter der anderen Parteien oder überhaupt Angehörige fremder Parteien zu wählen.

Die Vertreter der anderen Parteien nahmen den Vorschlag zur Beachtung an ihre Fraktionen entgegen, die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Durch den Vorschlag der Sozialdemokraten würden zwei Schwierigkeiten fortgesetzt. Die Proporzregierung würde aus 7 Sozialdemokraten, 6 Christlichsozialen und 3 Großdeutschen bestehen.

Dr. Renner sagte in einer Versammlung, wenn die Proporzregierung gewählt werde, könnten die Neuwahlen schon am 4. August stattfinden und das neue Parlament am 31. Oktober zusammentreten.

Der Horthy-Boycott.

Wien, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Folgender Punkt wurde der ungarischen Regierung, der über Warschau nach Amsterdam an den Internationalen Gewerkschaftsbund gerichtet ist, wurde aufgegeben:

Daten, auf Grund welcher Boykottbeschlüsse gefaßt wurden, beruhen auf Unwahrheiten oder Mißverständnissen. Ungarische Regierung hat auch bisher alles getan, um in diesem Punkte, welches nach dem Krieg zwei Resolutionen und außerdem eine Instruktion durch fernde Deute mitgemacht hat, die Ordnung wiederherzustellen und zu sichern. In der ungarischen Nation, welche bis zuletzt die Hoffnung auf den Sieg der Gerechtigkeit nicht verlieren vermochte und schließlich den ihr diktierten Frieden in seiner ganzen Grausamkeit zur Wirklichkeit werden sah, machen sich härteste Anzeichen moralischer Konvulsion bemerkbar. Ungarische Regierung beschloß sofort energische Maßnahmen, um Ordnung wiederherzustellen. Durch Boykottbeschlüsse jedoch Regierung vor ganz neue Situation gestellt, welche zur Folge haben kann, daß Erregung des Volkes wieder zu stärkerem Ausfließen kommt durch eventuell eintretende Entbehrungen, von welchen industrielle Arbeiterschaft am meisten betroffen werden könnte. Ungarische Regierung tut natürlich auch heute alles und wird auch weiter alles für Sicherheit, Ordnung, Schutz persönlicher Freiheit jedes Bürgers tun. Wenn ihr jedoch dies nicht gelingen sollte, so muß Regierung schon von vornherein Verantwortung auf sich nehmen, die unbeschwerterweise durch den Boykott des diegeprüften Ungarismus in neue Verzweiflung stürzen.

Gegenüber diesem Appell und gegenüber der auch von der Vertreter ungarischer Vertretung durch I. B. vorbereiteten Verteidigungsschrift sei lediglich auf die eine Tatsache hingewiesen, daß die Budapester Sozialdemokratie erklärt, sich von den Gemeindevahlen am 11. Juli aus denselben Gründen fernzuhalten, wie feinerzeit von den Parlamentswahlen — d. h. wegen des demagogischen, ungehinderten und wahrhaft bestialisches weichen Vortors der Offiziersverbände und sonstigen Vörogonisten!

Der Boykott in Wien und in Deutschland ist vollständig. Der Telegraphen- und Telefonverkehr ist restlos stillgelegt. Auch die Bankbeamten haben einstimmig beschlossen, sich dem Boykott anzuschließen. In einzelnen Kreditinstituten haben die Beamten schon am Sonnabend den Geldverkehrsverwehrt nach Ungarn eingestellt. — Da die deutschen Beamten provoziert und die gewerkschaftlich organisierten Beamten und Arbeiter an der Durchführung des Boykotts behindern wollten, hat Dienstag vormittag eine stark besuchte Versammlung des Personals des Ostbahnhofes einstimmig den Beschluß gefaßt, auch den Personalausverkehr nach der ungarischen Grenze einzustellen. Sie erklärte aber, zur Wiederaufnahme des Personenausverkehrs bereit zu sein, wenn die Beamten die Versuche aufgeben, die Durchführung des Boykotts zu verhindern. Auch der Schiffsverkehr auf der Donau ist seit zwei Tagen eingestellt.

Lenin über Sowjetrußland.

Am 17. Mai hielt Lenin auf dem dritten Fluchtschiffkongress eine längere Rede, in der er den Arbeitern den Übergang von dem Kollektivem in den Fabrik zur Wiederherstellung der Macht der individuellen Arbeiter, die jetzt in Rußland mit einer unbeschränkten Gewalt ausgestattet sind, plausibel machte. Bemerkenswert aber ist, wie Lenin selbst die Lage Sowjetrußlands schildert. „Wir können nicht warten — sagte er —, das Land ist zerstückt, das Geld, die Kälte, der Hunger und die allgemeine Desorganisation haben einen solchen Grad erreicht, daß es nicht so weiter gehen kann. Keine Selbstauspösterung kann uns retten, denn wir nicht die physische Existenz der Arbeiter wiederherstellen, wenn wir ihnen nicht Brot geben, wenn wir nicht Salzborde beschaffen werden, die wir den Bauern an Stelle von bunten Papiersegen geben könnten. Wenn die Verwaltung nicht in den Händen von Fachleuten liegt, wenn Selbsterhaltung nicht rechtzeitig eintritt, wenn Lokomotiven, Dampfer und Wagen nicht repariert werden, so ist die ganze Existenz Sowjetrußlands aufs Spiel gesetzt. Die Bevölkerung wird noch einen Winter, wie der letzte war, nicht mehr ertragen können. Rein Heroismus der Arbeiter kann sie instand setzen, die Qualen der Kälte, des Lappens, des Hungers usw. auszuhalten.“

Umfrage über Kriegsabwehr.

Amsterdam, 22. Juni. (S. T. B.) Der Vorschlagsausschuß des Internationalen Transportarbeiterbundes hat an die Transportarbeiter und Eisenbahnorganisationen aller Länder eine Mitteilung gerichtet, worin sie unter Hinweis auf die von dem Kongress in Kristiania angenommene Resolution gegen Krieg, Militarismus und Kapitalismus aufgefordert werden, über folgende zwei Punkte Bericht zu erstatten: 1. Ob die Organisation bereit ist, die in den Resolutionen niedergelegten Gedanken und Forderungen zu propagieren; 2. ob sie bereit ist, im Falle eines drohenden Krieges einem eventuellen Aufruf des Generalrates des Internationalen Transportarbeiterbundes zum Generalstreik in allen Transportbetrieben Folge zu leisten.

Polens Rückzug.

Warschau, 22. Juni. Nach einer halbamtlichen Meldung sind die bolschewistischen Truppen bereits in unmittelbarer Nähe von Rinsk und Podosil. Die polnischen Truppen haben die beiden Städte geräumt. In Südrußland werden die Angriffe der Bolschewisten immer stärker. Besatz von Odessa sind die ukrainischen Hülstruppen der Polen zum Rückzug gezwungen worden.

Französische Enthüllungen.

„Matin“ veröffentlicht vor kurzem ein Interview mit dem Abgeordneten Denaget, der einmal eine Mission im Orient hatte und angeblich sehr die historische Wahrheit ans Tageslicht ziehen will. Er erklärte auf Bestagen, daß General Franchet d'Esperey nicht Anhänger einer militärischen Aktion gegen Rußland und die Türkei gewesen sei, sondern daß er für eine Aktion gegen Oesterreich eingetreten sei. Politisch sei diese Politik unterstützt worden von Briand und Poincaré, aber Clemenceau, unterstützt vom Großen Generalstab, sei dagegen gewesen. Auch Delcassé habe eine derartige Politik unterstützt. Denaget erklärt alljährlich, daß nach seiner Ansicht Ludendorff sich für besetzt erklärte, als die französischen Truppen an der Donau angekommen seien. Schon im Oktober 1918 habe Franchet d'Esperey seine Division gegen Budapest und Wien orientiert gehabt. Aber es sei anders gekommen. Franchet d'Esperey habe nicht nur nach Budapest und Wien marschieren wollen, sein italienischer Unterflügel habe auch später bis gegen München vorrücken sollen. Jedoch am 8. Oktober 1918 habe er den formellen Befehl aus Paris erhalten, die britischen Divisionen, die seinen rechten Flügel bildeten, für einen Generalangriff auf Konstantinopel unter dem Befehl eines englischen Generals herzugeben, und später habe ihm in einem Brief vom 27. Oktober 1918 Clemenceau den Plan eines Vormarsches gegen Südrußland auseinandergesetzt, der den Zweck hätte haben sollen, den Bolschewismus wirtschaftlich einzuschließen. Clemenceau habe hinzugefügt, daß der Plan jetzt der Prüfung der englischen Regierung unterliege. Diesen letzten Satz hebt der „Matin“ besonders hervor und er erklärt, ohne Lloyd George intervenieren zu müssen, sei er überzeugt, sagen zu können, daß dieser dem Vorschlag zugestimmt habe.

Im Zusammenhang mit dieser Meldung ist eine Veröffentlichung des „Eclair“ von Interesse. „Eclair“ behauptet von dem Uroinier Kephonaki einen Brief Ludendorffs an General Hoffman erhalten zu haben, der das Datum vom 28. November 1918 trägt und allen Umständen im Zusammenhang mit Rußland propagiert wird eines Nebankkrieges der roten Kameen gegen Frankreich. Der Brief trägt den Vermerk „streng geheim, persönlich zu überreichen“ und soll im Besitze des ukrainischen Generalstabs in Kiev sein. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Angaben den Tatsachen entsprechen.

Teischer Straßenkampf.

London, 21. Juni. (S. T. B.) In Londonderry waren am Dienstag die Hauptstraßen von bewaffneten und maskierten Männern besetzt. Mittags überfielen starke Abteilungen Sinnfeiner aus dem Hinterhalt die Arbeiter, die sich nach den Schiffswerften begaben. Herbeieilende Truppen wurden beschossen, wobei ein Soldat getroffen wurde. Das Feuer des Militärs zerstörte die Menge, alle Geschäfte und Läden sind geschlossen, Handel und Verkehr sind lahmgelegt.

Soweit feststeht, wurden dabei zwei Personen getötet und viele verwundet. Die Truppen verwendeten verschiedentlich Panzerwagen und suchten die Kämpfenden zu trennen; jedoch erneuerten sich die Gefechte immer wieder an anderen Stellen. Zum ersten Male haben die Nationalisten Gewehre benutzt.

In Dublin wurde ein Automobil, in dem der Assistent des Generalinspektors der Polizeitruppen Roberts und drei Polizisten saßen, von Bewaffneten aus dem Hinterhalt überfallen. Roberts und der Chauffeur wurden durch Revolverkugeln verwundet.

Königlich britannischer König.

Rotterdam, 22. Juni. (S. T. B.) „Daily Express“ meldet: Eifer Souverän in dem neu zu errichtenden Königreich Mesopotamien wird wahrscheinlich Abdul, der Sohn des Königs von Hedjas werden. Die englische Garnison soll vier Jahre in Mesopotamien bleiben, bis inländisches Militär und Polizeitruppen organisiert sind.

Scheidemanns Räder. Genosse Scheidemann schreibt und: Durch die Presse läuft eine Kotze, nach der ich längst von einem Gutbesitzer zwei Zugpferde gekauft haben soll, und zwar zum Preise von 50 000 M. Ich habe in meinem Leben nicht einmal ein Karmisch besessen, viel weniger ein Pferd. Die Kotze ist vom ersten bis zum letzten Wort erlogen.

Die unabhängige Reichstagsfraktion wählte zu Vorsitzenden Henke, Crispian, Ledebour und zu Beisitzern Fieb, Rosenfeld und Wittmann. Rosenfeld und Fieb sind infolge ihrer Wahl in den Reichstag aus der preussischen Landesversammlung ausgetreten, deren Auflösung zum 10. Juli die Unabhängigen beantragen wollen.

Dr. v. Holtum, der von den Polen im Korridor verhaftete Leiter der deutschen Abstammungspropaganda, soll in Freiheit gesetzt werden. Dies hat der polnische Außenminister dem italienischen Vorsitzenden der Abstammungskommission auf seine Forderung mitteilung lassen.

Einschränkung des Fremdenverkehrs. Aus Augsburg wird und gedruckt: Da eine Verhinderung der Ernährungsfrage in Bayern eingeleitet ist, so wird der Fremdenverkehr vom 1. Juli ab in dem Umfang des Vorjahres zugelassen. Die Fremden können sich in Bayern 14 Tage aufhalten bei einer Befreiungsgeldsumme von 50 v. H.

Bewerkschaftsbewegung

Auf dem Wege zur Einheit.

Der Verband des Deutschen Verkehrspersonals

Hält zurzeit in Augsburg seine 7. ordentliche Generalversammlung ab. Bei Eröffnung wies der Vorsitzende des Hauptvorstandes Hermann darauf hin, daß die Organisation im Jahre 1918 bereits 18000 Mitglieder habe aufweisen können. Trotz der Abplitterung der nichtständigen Eisenbahner habe sich die Organisation immer weiter verbreitet. Auf Grund der klaren Stellungnahme der Organisation für die wirtschaftlichen Forderungen habe dann die bayerische Regierung mit der Unterstützung der christlichen Organisation den Kampf gegen unsere Organisation aufgenommen. Die bayerische Regierung war aber nicht in der Lage, den Nachweis zu erbringen, daß sich die Bestrebungen der Organisation auf ungesetzlichem Wege bewegten. Erst der Einsetzung einer reinen Zentrumsregierung (Minister Seiblein) sei es damals gelungen, mit einem Abwehr gegen die Organisation vorzugehen. Dieser Schandvers, welcher im Jahre 1912 eingeführt wurde, mußte im Jahre 1916 wieder aufgehoben werden. Zurzeit zählt die Organisation 100000 Mitglieder. Die heutige Generalversammlung wird sich damit zu befassen haben, daß innerhalb des ganzen Reiches eine Einheitsorganisation geschaffen werde.

Hierzu ist der Gesamtverband des deutschen Eisenbahnerverbandes erschienen, den er neben den Delegierten auf das herzlichste begrüßt.

Der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahner-Verbandes begrüßt ebenfalls im Namen des Vorstandes die Versammlung des deutschen Verkehrspersonal-Verbandes. Die Anwesenheit des Gesamtverbandes dürfte bezeugen, wofür großes Interesse dem Zusammenhänge beigemessen wird. Diese Generalversammlung ist die bedeutungsvollste seit einigen Jahrzehnten, da es sich in dieser um die Einigung der ganzen Eisenbahner innerhalb des Deutschen Reiches handelt. Auch in Norddeutschland wurde deren Organisation früher von seiten der Regierung mit allen erdenklichen Unterdrückungsmaßnahmen bekämpft. Der Deutsche Eisenbahner-Verband habe sich nach der Revolution ungeheuer vergrößert. Heute handle es sich nicht nur um die Verbesserung der Einkommens- und Dienstverhältnisse, sondern man müsse auch maßgebenden Einfluß auf die innen- und außenpolitischen Verhältnisse des gesamten Staates haben. Hierzu sei notwendig, daß wir alle noch bestehenden Beamtenverbände in die Einheitsorganisation zu bringen versuchen müssen. Das freigeordnete Personal müsse ebenfalls auf freigeordnete Grundlage gestellt werden.

Der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Augsburg, Duell, freut sich, die Delegierten in Augsburg begrüßen zu können. Augsburg sei für die Arbeiterbewegung schon deshalb von historischer Bedeutung, weil hier feinerzeit der Herd der gelben Gewerkschaften war. Er wünsche, daß diese Tagung zur Einheitsorganisation führe, im Interesse der Mitglieder und der Organisation. Im gleichen Sinne begrüßt der Gewerkschaftsvorsitzende Edelmann-Augsburg die Generalversammlung.

Als Tagesordnung wird vorgezogen: 1. Geschäftsbericht, 2. Verschmelzung mit dem DVB, 3. Referat über das Besoldungsgesetz, 4. Referat über den Lohnstarif.

Kammerer-München bedauert, daß auf der Tagesordnung das Betriebsratsgesetz fehle. Er beantragt, daß dieses unter allen Umständen behandelt werden müsse. Die dem Antrag wird Rechnung getragen und als 5. Punkt das Betriebsratsgesetz auf die Tagesordnung gesetzt.

Internationale Seemannskonferenz in Genua.

Die vom internationalen Arbeitsamt einberufene internationale Tagung zur Prüfung, wie die den Kapitän und die Besatzung betreffenden Washingtoner Beschlüsse auf die Schifffahrt anzuwenden sind, hat am 15. Juni in Genua ihre Sitzungen begonnen. Vertreten sind 22 Nationen, und zwar, den Washingtoner Beschlüssen entsprechend, durch zwei Regierungsvertreter und je einem der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Ihnen stehen Sachverständige zur Seite. Von deutscher Seite nehmen an der Konferenz teil: die Ministerialräte Bergmann und Berner, Rud. Wissell als Vertreter der Arbeitnehmer, Needer Holm als Vertreter der Arbeitgeber. Die Arbeitnehmervertreter sind Döring, Lorenz, Rudelisch, Gieseler, Schlichting und Hartmann. Vorherrscher der Konferenz waren Paul Müller und Schumann.

Die drei ersten Tage der Konferenz wurden mit der Erledigung rein formaler Fragen ausgefüllt. Das Schwerpunkt der zu leistenden Arbeit wird in den Kommissionen liegen. Es wurden derzeit eine ganze Reihe gebildet, so außer den mit rein formalen Fragen beschäftigten, eine zur Ausarbeitung von Richtlinien für die nationale Regelung der Post- und Luftschifffahrt. Eine andere soll prüfen, ob die Konferenz „auch die Anwendung der Washingtoner Beschlüsse auf die Binnenschifffahrt erörtern soll, und, einerlei zu welchem Ergebnis sie kommt, wie die Binnenschifffahrt von der Hochseeschifffahrt abzugrenzen ist. Auch die Hauptfrage der Konferenz, die Durchführung der Washingtoner Beschlüsse für die Schifffahrt, wurde zur Vorprüfung einer Kommission überwiesen. Desgleichen die mit der Arbeitslosigkeit im Schifffahrtsgewerbe im Zusammenhang stehenden Fragen, wie insbesondere die Arbeitslosenversicherung.

Welches Ergebnis die Tagung zeitigen wird, ist natürlich nicht abzusehen. Wir werden über den Verlauf weiter berichten, sobald etwas Sachliches zu berichten ist.

Sie wittern Morgenluft!

Nach wochenlangen Verhandlungen legten die Unternehmer der Metallindustrie einen Gegenorschlag vor, der so aussah, als ob überhaupt nicht verhandelt worden wäre. Keine Forderung der Angestellten war berücksichtigt worden. Nachfolgende nochmalige

Besprechungen führten auch zu keiner Annäherung. Die Angestellten riefen deshalb das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung an.

Ein von diesem eingesetzter Schlichtungsausschuß hat nach dreitägiger Verhandlung am 16. Juni einen Schiedspruch gefällt, welcher fast im Sinne der Arbeitgeber gehalten ist; nur die eigentliche selbstverständliche Rückwirkung ab 1. Mai und eine unwesentliche Erhöhung des prozentualen Teuerungszuschlages wurden erreicht. Ein Vertreter der Angestellten bezeichnete in einer Versammlung der Funktionäre diesen Schiedspruch mit Recht als ein Dokument einer gewerkschaftlichen Niederlage. Er wies darauf hin, daß der Ausgang dieses Schiedsrechtes eine Warnung für die Angestellten bedeute, zu überlegen, wie in Zukunft wirkungsvoller derartige Tarifdifferenzen zum Ausgleich gebracht werden könnten. Damit aber die Gewerkschaften und ihre Mitglieder gerade in der gegenwärtigen Zeit freigemacht werden könnten für die größeren Aufgaben, die angesichts des Ansturmes der Reaktion gelöst werden müßten, empfahl er die Annahme des Schiedsrechtes. Diese erfolgte durch die Funktionäre, mit geringer Majorität auch durch die gesamten Betriebsangestellten.

Der vielgerühmte „Wirtschaftsfriede“ war also wieder einmal hergestellt. So schön es wenigstens, aber es kam anders. Die Metallindustriellen lehnen den Schiedspruch ab.

In den Betrieben sind Unruhen entstanden, und der Unternehmerverband bietet die Angestelltenvertretung um Vermittlung zum Zwecke der Beilegung dieser Unruhen — die er selbst geschaffen hat. Daß die Angestelltenvertretung diese Vermittlung, wie auch jede Verantwortung für das Kommende ablehnt, liegt auf der Hand.

Was hier von der Metallindustrie gesagt ist, gilt auch für die große Branche des gesamten Einzelhandels. Die Unternehmer des Einzelhandels haben sich ihres großen Vorbildes würdig gezeigt. Sie machen nach, was die Industriellen ihnen vorgemacht haben.

Sonst schreien die Unternehmer immer von der Erschütterung des Wirtschaftslebens, für dessen Festigung sie die verlängerte Arbeitszeit gefordert und auch zugestimmt erhalten. Und was sehen wir jetzt? Mit einer Handbewegung lehnt man diese Schiedsprüche ab. Und warum das? Man wittert Morgenluft! All die Worte vom Wiederaufbau, von der Vermeidung der Erschütterung des Wirtschaftslebens sind Redensarten. Um das Bild noch grotesker zu gestalten, brauchte jetzt bloß noch vielleicht die Ernennung des demokratischen Abgeordneten Carl Friedrich von Siemens zum Reichsarbeitsminister zu erfolgen. Dieser müßte dann vor die Frage gestellt werden, ob er diese Schiedsprüche für verbindlich erklärt oder nicht.

Die Angestellten können gerade in diesen Tagen beweisen, ob sie gewerkschaftlich gesinnt sind oder nicht. Das Reichsarbeitsministerium ist benachrichtigt. Die Entscheidungen dürften jetzt sehr schnell fallen. Die Angestellten werden von allem Wichtigsten sofort benachrichtigt werden.

Christlicher Arbeitererrat.

Von einem Gewerkschaftssekretär des Rheinlandes wird uns geschrieben:

Das große Drama des sozialen Kampfes äußert sich zur Zeit wieder in besonders scharfen Zudängen unseres Gesellschaftskörpers. Überall ist noch die Reaktion am Werke. Sie sucht mit allen Mitteln und jährt Völkerei an ihrem ererbten Vorurteil und dem Recht der Ausbeutung der Kernten festzuhalten. Die Vorstöße gegen die so schwer erlängten Arbeiterrechte werden immer härter und rücksichtsloser. Zuweilen halten auch christliche Gewerkschaftsführer dem Unternehmertum die Steigbügel.

Am 7. d. Mis. traten sämtliche Steinarbeiter des Basillaberges von Wapen und Umgebung in einen Abwehrstreik, weil der Unternehmerverband beschlossen hatte, mit dem Abbau der Löhne sowohl in der Steinindustrie, als auch in der Zinn- und Schieferindustrie unseres Gebietes den Anfang zu machen. In der Zinn- und Schieferindustrie herrscht zurzeit noch sehr starker Geschäftsgang. Zur Verwirlichung seines Planes suchte sich das Unternehmertum ein Gebiet aus, in welchem die Arbeiterschaft den modernen Gewerkschaftsgedanken noch nicht so richtig erfaßt hat und stark von christlich-gewerkschaftlich organisierten Arbeitern durchsetzt ist.

Die Führer der Christen erklärten sich bei Anbeginn des Streikes bereit, mit dem freien Verbandschlichter an Schlichter zu kämpfen. Doch schon nach dreitägigem Streike kapitulierten sie und felen ihren kämpfenden Arbeitsbrüder in den Rücken. Sie hatten es sehr eilig, wieder in ihre alten Stellen unterzukommen, da Verläufe laut wurden, daß zahlreiche Arbeiter nicht mehr eingestellt werden sollten. Eine große Anzahl christlicher Steinarbeiter ist mit der sonderbaren Taktik ihrer Führer nicht einverstanden und viele zogen es vor, abzureisen, andere kamen der Parole ihrer Führer, die Arbeit aufzunehmen, nicht nach, sondern kämpften Schlichter an Schlichter mit ihren Arbeitsgenossen weiter. Vor dem Schlichtungsausschuße erklärte der Bezirkssekretär Wendel vom christlichen Keramik- und Steinarbeiterverbände: „Ich lege großen Wert auf die Fällung eines Schiedsrechtes und werde unter allen Umständen dafür eintreten, daß er von den Arbeitern anerkannt wird.“ Den gefällten Schiedspruch lehnte der Arbeitgeberverband jedoch ab, hatte doch der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes von Wapen in einer vorherigen Sitzung erklärt: „Die Instanz der Schlichtungsausschuße erkennen wir in der Folge überhaupt nicht mehr an.“ Die Unternehmer hatten schon vor Beginn des Streikes erklärt: „Wenn ihr streiken wollt, arbeiten wir mit den Christlichen.“ Mitten im heißen Kampfe, wo der Zusammenhalt der Steinarbeiter am notwendigsten war, suchten die W-Glabbader ihre Schächel vor dem Abwandern zu retten, da erfahrungsgemäß diejenigen ihrer Mitglieder, welche auswärts mit aufgestärkten und zielbewußten Arbeitern in Verbindung kommen, für sie verloren sind.

Die Unternehmer haben es nun nach dem Streikbruch fertig gebracht, den Arbeitern bis zu 15 Proz. vom Gesamtverdienst abzuziehen. Die Christen scheinen es indessen als einen großen Sieg zu betrachten, daß eine Anzahl Kollegen des freien Verbandes auf der Strecke blieben. An diesem Arbeitererrat werden die christlichen Führer keine Freude erleben; früher, als sie selbst ahnen, werden die christlichen Arbeiter gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen rebellieren.

DVB. als Arbeitgeber.

Nach dem Gehaltsstarif vom 1. Februar 1920 erhalten in der Berliner Redaktion der Continental-Telegraphen-Compagnie (Wolffsbureau) Hauptdienstleiter einschließlich der Vergütung für Nacht- und Sonntagsdienst Gehälter, die nach zwei Dienstjahren 700 M. monatlich und nach 20jähriger Dienstzeit 1000 M. monatlich betragen, stellvertretende Dienstleiter 675—925 M., Redakteure mit englisch-französischen Sprachkenntnissen, akademischer oder sonstiger Vorbildung 550—850 M., selbstständig arbeitende Telefonistenographen und Maschinenschreiber 450—600 M. In den Agenturen im Reich wird noch weniger bezahlt.

Und bei diesen Hungerlöhnen hat die Direktion einen von den Berliner Angestellten des DVB. erzielten Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums bisher nicht angenommen.

Nach diesen Tatsachen versteht man die Behandlung von Lohnkämpfen durch das DVB.!

Zur Lohnbewegung in der Parfümerieindustrie.

Die im Verband der Fabrikarbeiter organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Parfümerieindustrie waren am Montagabend versammelt, um den Bericht der Lohnkommission entgegenzunehmen.

Bekanntlich besteht bei den Parfümeriefabrikanten das Versehen, niedrigere Löhne zu zahlen, wie solche für die chemische Industrie durch Schiedspruch festgelegt wurden. Vor dem Anzuge wurden in diesem Industriezweig gute Gewinne erzielt, d. h. für die Unternehmer. Die Arbeiterschaft dieser Branche gehörte dessenungeachtet zu der schlecht-bezahltesten. Verhandlungen, welche vor einigen Tagen mit dem Verband der Feinseifen- und Parfümeriefabrikanten stattfanden, haben zu keinem zufriedenstellenden Ergebnisse geführt. Die Versammlung lehnte das Verhandlungsergebnis einstimmig ab.

Die Arbeiterschaft der Parfümerieindustrie steht noch wie vor auf dem Standpunkt, daß der Lohnstarif der chemischen Industrie auch weiterhin für sie Geltung haben muß. Die Branchenleitung wurde beauftragt, weitere Schritte zu unternehmen und den Schlichtungsausschuß anzurufen. Die Versammelten verpflichteten sich, alles daranzusetzen, um auch für sich auskömmliche Löhne zu erkämpfen, und rechnen dabei auf die Solidarität der Arbeiterschaft der gesamten chemischen Industrie, die nicht tatenlos zusehen wird, wie Stück für Stück von dem Gesamtvertrag abgeriffen werden soll. Der Vertrag für die chemische Industrie ist und bleibt ein Ganzes.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeiniker. Verwaltung Berlin, Donnerstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, Generalversammlung im „Deutschen Hof“, Ludowikstraße 15. Tagesordnung: Vorstand und Kassenbericht. Hochwichtige Stellung zum Ortsstatut. Anträge: a) Der Reiseartikelbranche auf Ausschluß der Kollegen Hinz und Poslednik wegen Streikbruchs; b) Sonstige Anträge. Nur Mitglieder, welche sich durch Mitgliedsbuch, Mitglieds- oder Kontrollkarte ausweisen können, haben Zutritt.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 3a, Kriegsorganisationen. Heute, Mittwoch, 1/2 5 Uhr, Vollversammlung der freigezwergschaftlich organisierten, kaufmännischen und gewerblichen Betriebsräte in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Rochstr. 13. Wichtige Tagesordnung.

Zentralverband der Angestellten! Fachgruppe 14 h. Heute, Mittwoch, nachmittags 7 Uhr, im Verbandsbüreau, Belle-Alliancestr. 7—10 (Kotter Saal): Versammlung sämtlicher in der Gläubigerbranche beschäftigten Mitglieder unseres Verbandes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Metabels-Mitglieder der Afa! Mittwoch, den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10, wichtige Sitzung. Jeder muß kommen.

Buchbinder in der Metallindustrie! Donnerstag, den 24. Juni, nachmittags 5 Uhr, im „Alexandiner“, Alexandrinenstraße 37a, Versammlung aller unter den Kollektivvertrag stehenden Buchbinder und Buchbinderarbeiterinnen. Tagesordnung: Stellungnahme zur Tarifberatung.

Deutscher Vertuehler-Verband. Elemente und Batterieindustrie. Versammlung der technischen und kaufmännischen Angestellten am Freitag, den 25., nachmittags 6 Uhr, bei Brandenburg, Stralauerstr. 3.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Heute, 1/2 8 Uhr abends:

Köpenick. Jugendheim, Bohnershof, Rudower Straße. Vortrag: Konsumgenossenschaftswesen. — **Lichtenberg.** Jugendheim, Vorfaue 10: Vortrag — **Wahldorf.** Jugendheim, Gemeindefabrik Waidersfelderstraße. Vortrag: Die internationale Jugendbewegung. — **Mariendorf.** Jugendheim, Gellingsaal des Anzeigers in der Ringstraße. Diskussionsabend: „Unsere Ziele“. — **Brenzlauer Vorstadt.** Jugendheim, Jugendklubzimmer, Schule Senefelderstraße. Diskussionsabend: „Das Betriebsratsgesetz“. — **Köpenick.** Jugendheim, Gemeindefabrik Kottbuscher Allee. Diskussionsabend: Gegenwärtige Jugendbewegungen. — **Staaten.** Jugendheim, Gartenstraße: Diskussionsabend. — **Tempelhof.** Jugendheim, Anzeiger Germaniastr. 56. Diskussionsabend: Die letzte Nummer der „Arbeiterjugend“. — **Wedding.** Jugendheim, Gellingsaal der 14. Realschule, Lütlicher Str. 38. Vortrag: „Die Reichsverfassung“. — **Westen.** Jugendheim, Rasteneraum der Bauergewerkschule, Rurfarthenstr. 141. Vortrag: „Die Bedeutung der Sonnenwende“.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage möge man einen Zuchtaben und eine Nummer des Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftliche und Briefe möge mitzubringen.

Elli D. Wenden Sie sich an das Reichswanderungsamt, Wilhelmstr. 62. — **G. 27** und **H. B. C.** Solche Mittel sind und nicht bekannt; fragen Sie einen Drogerien oder Apotheker. — **B. G. 35.** In beiden Fällen haben die Kinder 1/2, und der Vater 1/2 zu beanspruchen. — **N. 3. 87.** 1. Erheben Sie Klage auf Rücknahme der Sachen. 2. Ja; vom 1. Mai 1920 ab. — **Sch. 5.** Königberger Volkzeitung, Königberger, Vorderhofgasse 61/62. — **G. 18.** 1. Miets vom 1. Juli 1914. 2. Wir raten, das Verlangen des Vermieters abzulehnen. — **G. 2. 41.** 1. An sich nicht, zurzeit ist dagegen nichts zu machen. 2. Ja, wenn das Mietverhältnis über den 1. Oktober 1921 festgesetzt und vorher keine Kündigung erfolgt. Am übrigen muß die neue Verordnung abgewartet werden. Vorher läßt sich nichts Bestimmtes sagen. — **W. 2. 24. 3.** Ja, erfinden Sie sich aber bei der Ortskrankenkasse. — **M. 3. 112.** 1. Mit der Eisenbahn oder dem Schiff. 2. Nicht bekannt. 3. Wenn Sie den polnischen Korridor betreten wollen, müssen Sie eine Durchreisegenehmigung haben. — **J. 2.** Wegen Raummangels nicht möglich. R.G.B. 1919, S. 298.

Bezugs- für den redakt. Teil: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Hans Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene, Behörden, Verbände

Überhaupt jeder, der sich mit dem neuen Militärversorgungsgesetz befassen muß, findet über alle Fragen gründliche Auskunft in dem soeben erschienenen

Kommentar zum Reichsversorgungsgesetz

von HERMANN MÜLLER

Die Mitwirkung des Verfassers an dem Gesetz als Berichterstatter des 7. Ausschusses verbürgt zuverlässige Erläuterung des Gesetzes. Somit ist der Kommentar nicht nur ein unentbehrlicher Ratgeber für die Versorgungsberechtigten, sondern gleichermaßen nützlich als

Nachschlagebuch für Behörden, Verbände, Ausschüsse usw.

zumal ihn ein Anhang mit den wichtigsten, einschlägigen Gesetzen und Ausführungsbestimmungen vorteilhaft ergänzt.

Preis Mark 7,— + 20% Teuerungszuschlag.

BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW 68, LINDENSTRASSE 2

BESTELLSCHEIN

An die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Ich ersuche um Zusendung durch

von Ex.

Müller: Kommentar zum Reichsversorgungsgesetz. Preis Mk. 7,— + 20% und Porto.

Unterschrift: _____

Ort: _____

Straße: _____

Ausschneiden, ausfüllen und als Drucksache einsenden.